

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlich 30 Pfennig, Einzelnummer 15 Pfennig
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G.,
Berlin S. 14 — Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer
Schriftleitung und Verbandsstelle: Stuttgart, Adlestraße 16
Fernsprecher S.-21. 628 41

Erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

ZUR BEACHTUNG!

Die Uebersiedelung unseres Hauptbüros von Stuttgart nach Berlin ist am 1. August 1930 vollendet.

Vom 1. August an

sind daher alle Briefe und Sendungen für den Vorstand, die Kasse, Schriftleitung, Verbandsstelle etc. zu richten nach

Berlin GW 68, Alte Jakobstr. 148-155

Achtung, Preisabbau!

Eine große Berliner bürgerliche Zeitung gibt seit einiger Zeit eine besondere Wochenbeilage für die Beamten heraus. Darin stand kürzlich eine Aufschrift: „Achtung, der Preisabbau“, die mit behebendem und nur zu berechtigtem Hohn die bisherigen „Erfolge“ der angeblichen Preisentzweiung schildert: der Eisenpreis ist ja tatsächlich um 2 bis 3 v. H. ermäßigt worden, was freilich den Beamten nichts nützt, weil sie keine Eisenschmelzer sind. Dafür braucht aber, laut Reichstagsbeschluss, das Brotgewicht nicht mehr angegeben zu werden — selbstverständlich nur, damit die Hausfrauen nicht merken, wie das 50- \mathcal{M} -Brotfärdig — schwerer und folglich billiger wird. Zugleich sind in Berlin die Fahrpreise für die Straßenbahn merklich erhöht worden, namentlich durch Erhöhung der Umsteigens muß man fortgesetzt 25 und 30 \mathcal{M} mehr für eine Fahrt bezahlen als früher. Diese „Preisentzweiung“, meint der Verfasser jener Aufschrift, werden alle merken, die täglich zu ihrer Arbeit fahren müssen. Dem schönen Beispiel folgt die Reichsbahn, die bereits zum 1. September eine Verteuerung ihrer Tarife beschlossen hat, besonders für die 3. Klasse, also wieder für alle die, die arbeiten. In Preußen hat man das Schulgeld von 200 auf 250 \mathcal{M} jährlich erhöht. Die Wohnungsmiete ist vor kurzem um 4 v. H. verteuert worden und eine weitere Verteuerung ist bereits angefündigt. „Und fragen wir erst unsere Hausfrauen, wie Fleisch, Gemüse, Obst von Tag zu Tag klettert... Der Anfang der Preisentzweiung ist vielversprechend.“

Nach diesem Ausbruch eines grimmen Hohnes folgt in demselben Blatt die Aufschrift der Frau eines höheren Beamten. Beidemal handelt sich also nicht um Proletariat. Eben deshalb ist es bezeichnend, daß auch die zweite Aufschrift ein Notizheft ist. Schließlich hat ein höherer Beamter doch noch sehr viel mehr Einkommen als Millionen anderer „Volksgenossen“. Ja, es muß sogar eine Familie sein, die in leidlich guten Verhältnissen lebt. Denn an einer Stelle heißt es da: „Wie mag es erst bei denen aussehen, die auf Abzahlung haben laufen müssen, wie bei denen, die verschuldet sind!“ Das trifft also auf diese Familie nicht zu; sie hat bisher keine Schulden und konnte, was sie kaufte, bar bezahlen. Aber damit wird's bald zu Ende sein. Denn auf der einen Seite steigen fortgesetzt alle Preise — wir bekommen dieselbe Aufzählung wie oben: Miete, Schulgeld, Fahrpreise, Brot; der Lebenshaltungsindeks soll um einige Hundertteile nachgegeben haben, aber wir haben davon nichts gespürt!“ — auf der andern Seite droht das „Notopfer“, das heißt Gehaltskürzung.

Wenn jetzt die Dinge schon so weit gediehen sind, daß sogar höhere, also hochbezahlte Beamte nicht mehr aus noch ein wissen, dann ist das ein neues Zeichen dafür, wie vollständig der Kapitalismus am Ende seines Lateins ist. Jedoch dürfen wir nicht glauben, daß solche Leute dadurch zur Erkenntnis der wahren Zusammenhänge kommen und daß sie uns jemals beim Kampf für den Sozialismus helfen werden. Kommt ihnen doch bei all ihren Klagen keinen Augenblick der Gedanke, wie es denn unter solchen Umständen wohl den Arbeiter gehen mag, die etwa den 4. oder 5. Teil des Einkommens haben, das bei den höheren Beamten nicht reicht. Im Gegenteil, jene gequälte Beamtensfrau kann sich nicht verkneifen, im selben Atem über die „hohen Löhne und Versicherungsbeiträge“ der Dienstmädchen zu schmähen. Auch fragt sie entrüstet, ob denn etwa die Beamtensfrau „sich um eine Stellung oder Arbeit umsehen“ soll. Du liebe Zeit! Wenn sie das täte, würde erst mal die Frage kommen, ob sie überhaupt irgendwo eine Stellung oder Arbeitsgelegenheit findet. Von der grauenhaften Arbeitslosigkeit scheint die gute Frau keine Ahnung zu haben. Also wirkliche Einsicht ist da nicht zu hoffen.

Was uns an den beiden Aufschriften vornehmlich auffällt, das ist die Aufzählung der fortgesetzten Verteuerungen des notwendigsten Lebensbedarfs. Die Liste ist ja bei weitem nicht vollständig; sie enthält nur, was in den letzten Wochen besonders hoch in die Augen gefallen ist. Immer wieder steht man verwundert vor der Frage: Wie ist es möglich, daß Regierung und Unternehmertum die Öffentlichkeit mit einem Geschrei über Preisabbau erfüllen, während fortgesetzt die Preise steigen? Wie ist es möglich, daß auch nur ein Mensch an das Gerede über Preisabbau glaubt? Zumal wir vor wenigen Jahren schon einmal ganz dasselbe erlebt haben.

Und doch lassen sie sich, namentlich die höheren Beamten und ihre Gleichen, immer wieder den Kopf verkeilen. Ja, es ist noch toller. Dasselbe Blatt, das jene beiden Notizhefte veröffentlichte, brachte gleichzeitig an leitender Stelle einen hochgelehrten Aufsatz des Professors Casel aus Stockholm, der über die Gefahren des Preisrückgangs orakelt und nach Mitteln sucht, ihn abzuwenden. Das Blatt wagt also, vollkommen gleichzeitig (am

11. und am 12. Juli) seinen Lesern vorzuführen: 1. eine Klage über Verteuerung der Waren und 2. eine Abhandlung, wie man die Verbilligung der Waren verhüten kann. Das eine Mal wird die Verteuerung als schlimm und gefährlich hingestellt, das andere Mal die Verbilligung. In ein und demselben Blatt zu ein und derselben Zeit! Und die Leser merken nichts.

Auch so viel anderes merken sie nicht. Das Notopfer, die Lohnkürzungen usw. werden bekanntlich begründet mit der schlechten Finanzlage des Reiches. Nun ist dieser Tage im Reichstag mitgeteilt worden, daß am 1. April d. J. nicht weniger als 532 Millionen Mark Steuern rückständig waren. Natürlich sind es keine Arbeiter und Angestellte, die ihre Steuern nicht bezahlt haben, denn denen werden sie ja gleich bei der Lohnzahlung abgezogen, sondern es sind ausschließlich Unternehmer und Besizende. Und es sind recht zahlungsfähige Leute darunter. Die AGS soll, laut Übersicht des Finanzministeriums, von 2,7 Millionen Steuern nur 200 000 \mathcal{M} bezahlt haben, die Firma Wertheim soll 600 000 \mathcal{M} schuldig geblieben sein. Außer-

dem kommen dann natürlich Beschwerden, die oft zur Ermäßigung der Steuern führen, und es ist kaum anzunehmen, daß das Reich von den 532 Millionen Rückständen überhaupt viel kriegen wird.

Auch das sind Dinge, die nicht zum ersten Mal vorkommen, sondern jedes Jahr aufs neue im Reichstag verhandelt werden. Allerdings, die bürgerliche Presse berichtet nicht darüber. Höhere Beamte und ähnliche Leute mögen nichts davon wissen. Obgleich doch wiederum anzunehmen ist, daß gerade die höheren Beamten \mathcal{M} ihrer Amtstätigkeit einige Kenntnis davon haben sollten. Es gibt ja auch höhere Finanzbeamte.

Doch sei dem, wie ihm wolle, fest steht auf alle Fälle, daß das Reich den Arbeitslosen und Kranken Arbeitern die Pfennige abknabst, um seinem Geldmangel abzuhelfen, daß es aber zugleich viele Hunderte von Millionen übrig hat für die Besitzenden, sei es an nicht bezahlten Steuern, sei es an Zuwendungen. Fest steht weiter, daß unter dem herbeiliebenden Gerede vom Preisabbau ein ungeförter Preisankbau sich vollzieht. (S. 24.)

Einhundertzweiundfünfzig tote Bergarbeiter

In der vierten Nachmittagsstunde des 9. Juli wurde der Sturzschacht der Wengestausgrube im Neuröder Revier von einem entsetzlichen Kohlenstausbruch heimgesucht. Von den 192 Bergarbeitern, die in dem Unglückschacht waren, konnten nur 49 gerettet werden. Einhundertzweiundfünfzig sind durch die Explosion vergiftet, ersticht oder zerfetzt worden. Mit unfähigem Weh im Herzen beklagen wir das fürchterliche Unglück und suchen vergebens nach tröstenden Worten für die vielen Frauen und Kinder, denen die Gatten, Väter und Ernährer geraubt wurden. Die verunglückten Knappen, Fleisch von unserem Fleisch, sind am 14. Juli der Erde übergeben worden. Herzzerreißende Szenen spielten sich an den Gräbern ab.

Wie konnte das Entsetzliche geschehen? Das Bergwerk wird von den Knappen „Morbzeh“ genannt. Es gilt als ein schlimmer Kohlenstauerherd. Die Kohlenstaure war, wie berichtet wird, durch eine Steinwand eingeschlossen. Der elektrisch betriebene Bohrer machte eine kleine Öffnung in die Wand, die hinter ihr gepreßte Kohlenstaure zick die kleine Öffnung auseinander, zerfetzte das Gestein und füllte blitzschnell den ganzen Stollen mit Tod und Verderben. In eine Flucht war nicht zu denken. Wer von dem Giftstauch erfaßt wurde, war dem Tode verfallen.

152 Arbeiter sind vernichtet, 152 Arbeitslose treten an ihre Stelle. Noch ehe die Toten alle geborgen waren, fuhren ihre Kameraden schon wieder in den Schacht. Ihre Anmut erlaubt den Bergarbeitern nicht, aus Trauer um verunglückte Freunde auszugehen. Das Gebiet, durch den Namen Waldburg in der ganzen Welt berühmt, ist eines der schlimmsten Hungergebiete Deutschlands. Mit 5 Mark Tagelohn werden dort, wo Fürst B l e h herrscht, die Knappen abgepeißt. Aus zahlreichen Veröffentlichungen ist das Elendbafeln der arbeitenden Bevölkerung des Hungerlandes bekannt. Man weiß, daß sie dort in elenden Klauen haust, daß Geringe und Gumbefleiß

zu den Festesten gezählt werden. Und zu dem Gumbefleiß Gumbelöhne, die im Durchschnitt nicht über 20 \mathcal{M} die Woche hinausgehen. Unter solchen Umständen bedeutet eine Feiertagsticht glatten Hunger. Wer sich, wie die Knappen des Hungerlandes, ständig unter der Hungergrenze bewegt, kann sich keine Zeit zum Erholen nehmen.

Jetzt, angesichts des entsetzlichen Unglücks wird auch wieder einmal in der bürgerlichen Presse der Armut der Arbeiterbevölkerung des Waldburger Reviers und Gefährlichkeit des Bergmannsberufes gedacht. Und vor den offenen Gräbern der 152 Opfer der neuesten Katastrophe beklagen Priester, Politiker und staatliche Würdenträger die ihrer Brüder, Gatten und Väter beraubten Familien. Ihnen wird bei dieser Gelegenheit Trost und Mitleid fieberhaft gesendet, sie werden laut bedauert und für sie das Mitgefühl von Gott und den Menschen erfleht. Worte, billige Worte! Gleich nach der traurigen Begebenheit findet sich die bürgerliche Presse mit den andern Herren wieder einträchtiglich zusammen mit dem Gebete, die sozialpolitischen Einrichtungen seien zu kostspielig, die Invalidenrente müsse gemindert, die soziale Fürsorge eingeschränkt werden. Denselben Witwen und Waisen, denen man jetzt Trostorte in Masse spendet, wird dann die öffentliche Unterstützung verweigert und beschnitten. Von dem Mitgefühl, das man an den Gräbern der Bergleute freigebig fließen ließ, ist bald nichts mehr zu spüren. Von dem Gegenleib um so mehr.

Diese entsetzliche Katastrophe kann und muß den Gewerkschaften eine neue scharfe Mahnung sein, für die Sicherung des Lebens im Betrieb und für mehr Lohn und mehr Wohlfahrt der Arbeiter zu ringen, vor allem aber an den sozialpolitischen Einrichtungen nicht rütteln zu lassen, sondern sie noch weiter auszubauen. Diese Mahnung drängt sich auf angesichts des entsetzlichen Unglücks in dem Hungerland und angesichts des Gerackelns und des Glend, das die Sturzexplosion über zahlreiche Proletarierfamilien gebracht hat.

Kapital- und Steuerflucht

In Zeiten der Unruhe und Unordnung und der allgemeinen Not, wie sie durch Kriege heraufbeschworen werden, zeigt sich das häßliche Wesen des Kapitalismus besonders deutlich. Der Weltkrieg und was ihm folgte, hat uns geradezu in Abgründe wirtschaftlicher Verworfenheit sehen lassen. Die Eier nach Best und Gewinn macht vor den Schranken der Gesetze und vor allgemeiner moralischen Grundfäßen nur solange halt, als Staat und öffentliche Meinung mächtig genug sind, sie zu zügeln. Gegenwärtig leidet das deutsche Volk unter anderem außerst schwer unter der Kapitalflucht ins Ausland. Es handelt sich um ganz gewaltige Beträge, die der an sich so kapital-schwachen deutschen Wirtschaft entzogen werden, und zwar hauptsächlich von den Großbesitzern und Großbedienern, die mit allen Ränken und Schlichen des Kapitalismus vertraut sind. Wer aber der deutschen Wirtschaft Kapital entzieht, nimmt den Arbeitenden das wichtigste und unentbehrlichste Arbeitsmittel, und damit Arbeitsmöglichkeit und Brot.

Die deutschen Banken nehmen an, daß 8 Milliarden Mark Kapital ins Ausland abgewandert sind; die staatlichen Vermögensfachleute schätzen die Summe, die dem wirtschaftlichen Verkehrszirkel entzogen worden ist, auf 10 Milliarden Mark. Sachverständige Leute, die keinen Grund haben, diese überaus unmoralischen Taten zu entschuldigen oder zu vertuschen, sagen, daß die letzte Zahl durchaus nicht zu hoch sei.

Welche gewaltigen versteckten Gewinne hat also die deutsche Wirtschaft während der letzten Jahre gehabt! Zehntausend Millionen Mark konnten von denjenigen, die doch nur die Sachwalter des Volkvermögens sind, beiseite gebracht und der Besteuerung entzogen werden. Wie unangbar elchast nimmt sich das moralische Getue der Wirtschaftsgewaltigen, die sich gern anmaßend Wirtschaftsführer nennen, aus, wenn man diesen ungeheuren Betrug an Volk und Staat sieht!

Was die 10 Milliarden bedeuten, kann man ermeffen, wenn man sie am gesamten Volkseinkommen mißt. Nach den Ermittlungen des Reichsverbandes der deutschen Industrie betrug das deutsche Volkseinkommen im Jahre 1924/25 38 bis 48 Milliarden Mark, nach denen der Gewerkschaften 52 bis 60 Milliarden und nach den Unterlagen des Statistischen Reichsamts 50 bis 55 Milliarden. Das deutsche Volkseinkommen wurde vor dem Kriege auf etwa 330 Milliarden Mark geschätzt, auch wohl etwas höher; jetzt wird es kaum 300 Milliarden betragen. Eine nur sehr kleine Zahl von deutschen Staatsbürgern hat die Möglichkeit, in Zeiten großer Wirtschaftsschwierigkeiten, des Wiederaufbaus, wie immer mahnend gesagt wird, die schwache

deutsche Wirtschafts- und Wettbewerbskraft um die ungeheure Summe von 10 Milliarden Mark zu schwächen. Hat man da überhaupt noch ein Recht, von staatlicher und wirtschaftlicher Ordnung zu sprechen? Denn das ist noch das Tollste bei der Sache: die Vertreter der Staatsgewalt, die amtlichen Güter des Rechts und auch die Wissenschaft erklären übereinstimmend: es ist gegen diese Gemeinheiten und Betrügereien nichts zu machen, Staatsgewalt und Gesetzgebung sind machtlos dagegen.

Diese die heutige Gesellschaftsordnung grell beleuchtende Erklärung enthält leider die Wahrheit: das Kapital ist in der heutigen Gesellschafts-, Wirtschafts- und Rechtsordnung viel mächtiger als diejenigen, die nach Verfassung, Gesetz und öffentlicher Auffassung die Verantwortung für den Schuß von Recht und Moral tragen. Darum muß man ganz anders geartete Arbeitsätze für das menschliche Zusammenleben und Zusammenarbeiten schaffen, als es die prabakapitalistischen sind. Jetzt ist alles schon in der Wurzel krank, sodas gar keine anderen Früchte wachsen können, als wir sie überall in mehr oder weniger häßlicher Gestalt sehen.

Das deutsche Kapital wandert hauptsächlich deshalb ins Ausland, um sich vor der Steuerpflicht zu drücken; das englische und amerikanische Kapital wandert nach Deutschland, um hohe Zinsen und neuerdings auch hohe Betriebs- und Handelsgewinne einzufreuen. Die deutschen Kapitalisten erhalten im Ausland für die Erträge der Arbeit ihrer deutschen Mitbürger (der Lohn- und Gehaltsempfänger) 3 bis 4 v. H. Zinsen; die amerikanischen, englischen und sonstigen ausländischen Kapitalisten

Aus dem Inhalt

	Seite
Achtung, Preisabbau! — 152 tote Bergarbeiter — Kapital- und Steuerflucht	233
Dividendenrückgang bei Voigt & Häfner — Ueberfütterung des Molochs — Du sollst nicht töten!	234
Eine Hängebrücke mit 1067 m Spannweite — Aluminiumschweissung durch Elektrolyse — Feuerverkadmung	235
Zahnpflege der Kinder — Zwiegespräch im Kaffeehaus	236
Der Schnuffler — Wochenende und Gesundheit — Und wir? — gucken in den Mond	237
Etwas über „Bürokratie“ — Erweiterung der Invalidenunterstützung	238
Die internationale Gewerkschaftskonferenz	239

Dividendenrückgang bei Voigt & Häffner

Von Julius Fries

erhalten in Deutschland 8 bis 16 und mehr vom Hundert Zinsen, die wieder von deutscher Arbeit aufgebracht werden müssen: hier große Zinsverluste der deutschen Wirtschaft, weil die deutschen Kapitalisten gewissermaßen in die Hände der ausländischen Kapitalisten der deutschen Wirtschaft, weil das geschädigte deutsche Kapital unbedingt ersetzt werden muß, mag es auch harte Arbeitsfront und Entbehrung für die großen Massen bedeuten. Die Vergebung ist in der privatkapitalistischen Wirtschaft an allen Ecken und Enden unglaublich groß. Aber die Besitzenden bemerken davon persönlich nichts, und darum sind sie gegen jeden wirtschaftlichen Wahn sinn gleichgültig. Es ist ja sehr oft so: je toller das Durcheinander und die wirtschaftliche Unvernunft, desto reichlicher reifen die unsauberen Früchte der kapitalistischen Privatwirtschaft, desto besser lassen sich „Geschäfte machen“, wie man es nennt, wenn man anderen das zum Leben Notwendige wegnimmt. Man hat dazu ja die angeblich rechtlichen Handhaben. Und rechtliche Handhaben hat man auch sogar dazu, der Wirtschaft des eigenen Volkes das Blut abzugapfen und das mit Deutschland in wirtschaftlichem Wettbewerb stehende Ausland damit zu stärken.

Die einzelnen Vorgänge der Kapital- und Steuerflucht genauer zu beschreiben, würde zu weit führen, so reizvoll es auch wäre, die Geizhalsigkeit und Bedenkenlosigkeit der Kapitalbesitzer ganz kennenzulernen. Die Keinen europäischen Staaten, wie selbst das winzige Fürstentum Liechtenstein, spielen heute in den weltwirtschaftlichen Vorgängen eine bedeutende, richtiger eine verhängnisvolle Rolle.

In der Inflationszeit schmuggelte man Zahlungsmittel und Juwelen über die Grenze. Es war dazu immerhin etwas Mut, Geschicklichkeit und Glück zum Erfolg und Gewinn nötig. Jetzt handelt man zwar auch möglichst heimlich, aber doch gefahrlos unter Gesetzeschutz. Man überträgt deutschen Aktienbesitz einer ausländischen Bank, die in Wirklichkeit eine Bank der deutschen Aktionäre ist. Oder man schließt eine Sachschadenversicherung bei einer ausländischen Gesellschaft zu unerhört hohen Prämien ab. Die Versicherungsgesellschaft ist aber in Wirklichkeit eine Eigenversicherung deutscher Unternehmungen. Auf diese und noch so manche andere Weise werden die Gewinne der in Deutschland arbeitenden Wirtschaftsbetriebe scheinbar auf ein Nichts heruntergedrückt. Im Ausland wachsen aber die deutschen Vermögen überraschend schnell. Deutsche Firmen, die Rohstoffe aus dem Ausland beziehen müssen, haben in Liechtenstein oder einem anderen Grenzstaate Einkaufskontore, die die Waren buchen und dann mit einem großen Preisaufschlag der wirklichen deutschen Einkaufsstelle in Rechnung stellen. Die durch das heimische Unternehmen erzielten Millionengewinne werden so vertriebt, die ausländische Einkaufsstelle der Firma macht sie.

Schließlich errichten die deutschen Kapitalbesitzer seit mehreren Jahren in ganz auffälliger Weise in der Schweiz und anderen angenehmen Gegenden luxuriöse Wohnsitze. Die kleinen Staaten sind in Steuerhohen alle sehr erdogenommend; sie wetzeln unter sich förmlich, um reichen Fremden Vorteile und Annehmlichkeiten zu bieten. Vor reichlich einem Jahr war bereits das ganze teure Wohngebiete am Vierwaldstätter See und am Zürcher See von Ausländern aufgekauft, hauptsächlich von Deutschen, aber auch von Engländern. Es ist nachher Gelände am Thuner See und in anderen angenehmen Gebieten aufgekauft worden. Für die deutsche Kapitalflucht kommt hauptsächlich die Schweiz, Liechtenstein, Luxemburg und Holland in Frage.

Es ist natürlich nicht damit zu rechnen, daß diese Staaten gegen den Anflug etwas tun werden. Bis jetzt haben sie ihn zu fördern versucht. Das ergibt sich ohne weiteres aus dem kapitalistischen Wesen der heutigen Welt. Der Weg zu gesünderen, natürlicheren und sittlich besseren Zuständen ist noch sehr weit. Man verwirft auf den Völkern. Er besetzt sich auch bereits mit Kapitalabwanderungs- und Steuerhinterziehungfragen. Es wird aber mit halben Mitteln, wie sie in der privatkapitalistisch eingestellten Welt allein denkbar waren, nichts Durchgreifendes erreicht werden können. Die betrogenen Massen müssen nach Macht streben, um den Wirtschaftsgeist moralischer gestalten zu können.

Überfütterung des Molochs

Der oft vorgeschlagene Weg, die Staatsausgaben durch Ausgabenkürzungen zu verringern, hat seine Hauptmerkmale darin, die Ausgaben einer solchen Aktion aufzugeben. Eine eingehende Untersuchung, die das Magazin der Wirtschaft über den Vorkriegszeit anstellte, zeigt jedoch mit genügender Klarheit, daß hier weitestgehende Einsparungen nicht nur möglich, sondern auch außerordentlich notwendig sind. Um die Vorkriegszeit zu erreichen, die gerade beim Wehrdienst in einem außerordentlichen Maße Platz geschaffen hat, zu verzeichnen, wurde der Versuch gemacht, den Vorkriegszustand der gegenwärtigen Ausgaben gegenüberzustellen. Zunächst erweist es sich, daß in diesem Etat namhafte Summen für Kasernenbau eingesetzt sind, da man doch annehmen sollte, daß für ein 100 000-Mann-Weer die früheren Kasernen, die für 750 000 Mann ausreichten, genügen würden. Wenn aus strategischen Gründen Truppenüberziehungen für notwendig erwiegen, so darf angenommen sein, daß solche Überziehungen allmählich beendet sein könnten, so daß dieser Staatsposten künftig ganz verschwinden könnte.

Für Unterhaltung und Erneuerung der Kraftwagen werden 25 Millionen Mark eingesetzt, also eine Summe, für die man jährlich allein mehr als 1000 einzelne Autos kaufen könnte, ganz abgesehen davon, daß Reparaturkosten, Spesen für das geschäftliche Arbeiter noch an anderer Stelle des Etats besonders wiederholten. Erstaunlich hoch sind auch die Bewirtschaftungskosten für die Gebäude. In Unterhaltungsfragen werden vor dem Krieg 23 1/2 je Kopf der Wehrmacht eingesetzt, heute dagegen 140 1/2. Nach jahrelanger ist es mit den Kosten für Verpflegung, Bekleidung und sonstige Bewirtschaftung der Gebäude, was für vor dem Krieg ein Betrag von 25 1/2 ausreichte, während heute 177 1/2 je Kopf der Wehrmacht eingesetzt sind.

Das Reichsbudget beträgt gegenwärtig jährlich 300 1/2, vor dem Krieg 60 1/2 je Kopf der Wehrmacht. Die Verpflegungsausgaben der Marine sind heute mit 600 1/2 je Kopf doppelt so hoch wie vor dem Krieg, wo sie rund 300 1/2 betragen. Eine Steigerung der Ausgaben der fahrenden Lebensmittelposten ist ebenfalls merklich. Der nach Hinzunahme, daß die Marine allein in ihren nachgewiesenen Beständen 1623 1/2 Besatzung und Angehörige beschäftigt, daß gegenwärtig die Verwaltung einer Flotte von 100000 Mann ist, wie vor dem Krieg die Besatzung von zwei Flotten, dem ist es klar, daß Württemberg an öffentlichen Ausgaben nicht beim Sozialetat einzufahren haben, um die Kräfte der Armee noch um ihr Schicksal zu bringen, sondern beim Militärstand.

Die Rheinlandbesetzung kostet 6 1/2 Milliarden Mark. Das schwebende Budget hat jetzt die Kosten zusammengezogen, die die Rheinlandbesetzung vom Jahresanfang des Jahres 1913 bis zum 30. Juni 1929 verursacht hat. Die Summe, die Deutschland hierfür zu leisten hatte, betrug nicht weniger als 6 1/2 Milliarden Mark. Nicht eingerechnet sind die persönlichen und sonstigen sonstigen Aufwendungen des Reiches, die durch die Besetzung verursacht wurden. Man kann herausrechnen, welche Mittel die Besetzung des Reiches verdirbt. Das habe ich nicht alles für die 6 1/2 Milliarden an Aufwendungen klaffen lassen!

Nicht so bekannt wie die großen Elektrizitätskonzerne Siemens und AEG ist die Voigt & Häffner AG in Frankfurt a. M. Immerhin wurden aber bei diesem Unternehmen im Jahre 1929, für das jetzt der Geschäftsbericht veröffentlicht wird, rund 3800 Arbeiter und Angestellte beschäftigt. Die Firma betreibt als Hauptgeschäftszweig den Bau vollständiger Schaltanlagen für Elektrizitätswerke, Bergwerkzentralen usw. und ist heute auf diesem Gebiet die größte Spezialfabrik Europas und den bekannten großen Westkonzernen mindestens ebenbürtig. Auch auf dem Gebiete einfacher Installationsartikel, wie Lichtschalter, Abzweigboxen usw., ist diese AG als leistungsfähig bekannt. In den letzten Jahren hat das Unternehmen gut gearbeitet. Es wurden 1924 und 1925 je 8 vH, 1926 wurden 6 vH, 1927 wieder 8 vH und 1928 sogar 9 vH Dividende verteilt. Für das jetzt abgelaufene Geschäftsjahr aber wird die Dividende auf 6 vH herabgesetzt.

Bei der Betrachtung über die Gründe, die zu diesem Dividendenrückgang geführt haben, müssen wir uns auch ein wenig mit der Kursbewegung der Aktien dieses Unternehmens beschäftigen. Im Mai 1928 stand der Kurs der Aktien auf 256 vH, noch im April 1930 wurden die Aktien mit 220 vH gehandelt, in den letzten Wochen aber ist der Kurs sehr stark, und zwar bis auf 150 vH gesunken. Die Umsätze in den Aktien des Unternehmens sind allerdings sehr gering, da die Aktienmehrheit sich in festen Händen befindet. Zuerst wurde der Kursrückgang an der Börse damit begründet, daß in verhältnismäßig erheblichem Umfang Arbeiterentlassungen erfolgt seien, den Ausschlag aber gab, daß in der Aufsichtsratsitzung Ende Mai dieses Jahres der Vorschlag auftauchte, die Dividende auf 6 vH, also gegenüber dem Vorjahr um die Hälfte herabzusetzen. Bei dieser Sachlage war in der Tat der vorjährige hohe Kurs an dieser Stelle gemessen nicht mehr gerechtfertigt. Die Frage ist nun: Besagt der Kursrückgang überhaupt etwas über den inneren Wert des Unternehmens? Im Jahre 1913 wurden die Voigt & Häffner-Aktien nur an der Frankfurter Börse gehandelt und notierten damals rund 170 vH. Inzwischen hat sich das Unternehmen ganz erheblich vergrößert, die Aktien werden seit langem auch an der Berliner Börse gehandelt. Die große Kurssteigerung erfolgte im Herbst 1927, als das hannoversche Bankhaus Ephraim Meyer & Sohn einen großen Posten der Aktien durch planmäßige Aufkäufe in seinen Besitz brachte. Das genannte Bankhaus verjagte, eine Verbindung der Voigt & Häffner AG mit den Lüdenscheid Metallwerken und der F. W. Busch AG in Lüdenscheid herbeizuführen. Die Verwaltung widerstand sich mit Erfolg diesem „Überfreudungsversuch“, und zwar, wie damals rühmend hervorzuheben wurde, im Einverständnis mit den Betriebsräten im Aufsichtsrat. Allerdings ist es dem genannten Bankhaus gelungen, annähernd die Hälfte der Stammaktien in seinen Besitz zu bringen. Die andere Hälfte der Aktien ist im Besitz einer der Deutschen Bank nahestehenden Gruppe. Der Machtkampf dieser beiden Großaktionärgruppen wurde damit beendet, daß 2,5 Millionen Mark neue Vorzugsaktien geschaffen wurden, von denen jetzt der vierte Teil im Besitz des hannoverschen Bankhauses ist. Außerdem erhielt die hannoversche Gruppe 4 von den 11 Aufsichtsratsstellen. Das Stimmrecht der Vorzugsaktien darf aber nur einheitlich ausgeübt werden, sodaß in Wirklichkeit der Einfluß der hannoverschen Gruppe verhältnismäßig gering ist und der hohe Preis, der beim Ankauf des Aktienpakets angelegt werden mußte, sich als Spekulation herausstellt. Die Lüdenscheid Zusammenhänge dürften einstweilen begraben sein, doch ist es sehr wohl möglich, daß diese Kämpfe, die letzten Endes immer auf dem Rücken der Arbeiterschaft ausgetragen werden, über kurz oder lang wieder aufflachen.

Das Ergebnis des Geschäftsjahres 1929 wird von der Verwaltung als nicht voll befriedigend bezeichnet im Gegensatz zu dem Ergebnis des vorangegangenen Jahres. Es wurde ein Rohgewinn von 4,6 gegen 5,4 Millionen Mark im Vorjahre erzielt. Seit dem Sommer 1929 habe sich ein Auftragsrückgang bemerkbar gemacht, der bis zum Jahresende anhielt. Von der Verwaltung wird dieser Auftragsrückgang auf die allgemeine Geldknappheit zurückgeführt, durch die die Gemeinden und auch die privatwirtschaftlichen Elektrizitätswerke und Industrieunternehmen ihre Aufwendungen für notwendige Erweiterungen der Elektrizitätsanlagen auf das allergeringste beschränkten. Dazu sei ein verschärfter Wettbewerb gekommen, der ständig sinkende Preise zur Folge hatte, die angeblich oft fast keinen Gewinn mehr ließen. Die Verwaltung vermeidet es aber kein

Jahren, ihre Umsatzzahlen bekanntzugeben. Für das Jahr 1929 wurde der Umsatz auf 30 Millionen Mark geschätzt.

Die Gesellschaft arbeitet mit einem Aktienkapital von 7,5 Millionen Mark Stammaktien und 2,7 Millionen Mark Vorzugsaktien, von denen 1 875 000 1/2 noch nicht einbezahlt sind. Seit dem Jahre 1924 sind rund 3,75 Millionen Mark für Neuanlagen aufgewendet worden und auch im letzten Jahre ist, trotzdem bereits im vorletzten Geschäftsbericht die Rationalisierung als abgeschlossen bezeichnet wurde, eine erhebliche Erweiterung des Prüfstandes und der sonstigen Fabrikeinrichtungen erfolgt. Zu bemängeln ist, daß die Verwaltung von der Vorkriegsübung, die Einrichtungen, Maschinen, Transmissionsmaschinen, Dampfboiler- und Heizungsanlagen, Wasserleitungs- und Licht- und Kraftanlagen usw. in Einzelfällen auszuweisen seit der Goldmarkeroffnungsphase abgegangen ist. Heute werden alle diese Anlagen nur in einem Sammelposten ausgewiesen. Der Prüfstand ebenso wie die Modelle und Patente sind seit Jahren immer auf 1 1/2 abgeschrieben worden.

Erschließliche stille Reserven dürften in der Bewertung des Grund- und Gebäudebesitzes liegen, dessen Umfang sich gegenüber 1913 fast verdreifacht hat, während die bilanzmäßige Bewertung in Anbetracht des geringen Geldwertes beinahe gleich hoch geblieben ist. An offenen Abschreibungen werden diesmal 742 000 1/2 ausgewiesen, das ist nur um ein geringes weniger als im letzten Jahre. Die Vorräte an Roh- und Halbfabrikaten sind mit 2,05 Millionen Mark fast gleich hoch wie im Vorjahre bewertet. Fertige und in Arbeit befindliche Erzeugnisse dagegen stehen mit 5,34 Millionen Mark, das sind rund 800 000 1/2 weniger als das letzte Mal, zu Buch. Die Größe dieses Postens ist dadurch zu erklären, daß es sich vielfach um große Lieferungen handelt und daß eine Großschalenanlage 1/2 Million Mark und mehr kostet. Die Außenstände haben sich von 4,34 Millionen Mark auf 3,75 Millionen Mark verringert. Hierin, ebenso wie in dem auf der andern Seite der Bilanz erscheinenden Rückgang der Anzahlungen der Kundschaft um die Hälfte auf diesmal 315 000 1/2, tritt der im Geschäftsbericht erwähnte Auftragsrückgang in Erscheinung.

An Tochtergesellschaften besitzt die Voigt & Häffner AG die Eisengießerei „Wilhelma“ G. m. b. H. in Kesseltadt bei Ganau und die „Prometheus“ Elektrische Geräte und Heizeinrichtungen G. m. b. H., Frankfurt a. M. Beide Gesellschaften sind vollständig im Besitz der Voigt & Häffner AG, die ferner zu einem Drittel an der G. Schanzbach & Co. in Frankfurt a. M. beteiligt ist. Das letztgenannte Werk stellt wasserfestes Installationsmaterial und Armaturen für Gruben und Güttenwerke sowie für die chemische Industrie her. In der Bilanz werden diese Beteiligungen zusammen mit dem Wertpapierbesitz ausgewiesen, und zwar diesmal mit 975 000 1/2 gegen 1,2 Millionen Mark im Vorjahre. Der Geschäftsbericht bemerkt, daß diese Beteiligungen befriedigende Ergebnisse gebracht haben, irgendwelche Einzelheiten werden leider nicht veröffentlicht.

Die Verpflichtungen haben sich gegen das Vorjahr ermäßigt, und zwar betragen Warenschulden und Wechselverbindlichkeiten 2,24 gegen 3,2 Millionen Mark im Vorjahre. Die Vermögenskraft ist wahrscheinlich auf die Verringerung der Warenbestände zurückzuführen, eine Entlastung hierzu wäre am Platze gewesen. Bankschulden werden nicht besonders ausgewiesen. An langfristigen Verpflichtungen besteht eine im Jahre 1926 angenommene hypothekarijch gesicherte Anleihe in Höhe von 4 Millionen Mark, deren Rückzahlung in den Jahren 1930 bis 1949 zu erfolgen hat. Außerdem wurde im Jahre 1927 durch Vermittlung der Deutschen Bank ein Darlehen in Höhe von 500 000 Dollar aufgenommen, das jetzt noch mit 1,68 Millionen Mark zu Buche steht, nachdem vor zwei Jahren der fünfte Teil zurückbezahlt wurde. Die Flüssigkeit der Bilanz hat sich gegen das Vorjahr nur unwesentlich verändert.

Aus der Gewinn- und Verlustrechnung ist noch zu erwähnen, daß sich die leider in einer Summe ausgewiesenen „Allgemeinen Geschäftskosten“ einschließlich der Steuern und Zinsen von 3,8 auf 3,33 Millionen Mark ermäßigt haben. Ein Ausweis der Lohn- und Gehaltsausgaben unterbleibt wieder. Der nach den bereits erwähnten Abschreibungen verbleibende Reingewinn einschließlich des Vortrages aus dem Vorjahre beträgt 617 000 1/2 gegen 876 000 1/2 im letzten Jahre. Für die Dividende auf die Stamm- und Vorzugsaktien sind insgesamt 507 750 1/2 erforderlich, das sind rund 232 000 1/2 weniger als im Vorjahre. Über die weitere Entwicklung im neuen Geschäftsjahre enthält der Bericht keine Angaben.

Du sollst nicht töten!

(Zum 16. Jahrestag des Weltkrieges)

**Donnerstern ruft ein Ehrensamt
Am Grab der Ehrenfriedhofssoldaten.
Herren in Frack und Zylinderhut
Feiern ergriffen die Heldentaten
Mit Wilhelm-Crara und Hibelzitäten.
Vorschriftsmässig schwammelt der Bauch
Beim kriechervereinlichen Paukengedröhne.
Beim Pim* ausser Diensten schwammelt er auch
Beim Vaterlandsdank an die Heldensöhne.
Mensch, haste Cöze?!**

**Kumm! brüllt das heilige Kanonenrohr.
Unten erwacht vom Schreck ein Soldate.
Er schiebt des Schädels Granatloch vor,
Zu hören, was oben man rate und late
Dem schönsten Mann im Staazate.
Fast ist es so, wie damals es war
In jenen Irnsinggeschwollenen Tagen.
Sie wollen für Rex und Sallan und Zar
Mit Gott den gallischen Hahn erschlagen
Und Gold für Eisen nach Hause tragen.
Der ordnungsbekämpfte Kriecherfloss
Hört nicht den Fluch des toten Muschkötens.
Der Herr Major schauert hoch vom Ross:
Holzgewehr über! (Du sollst nicht töten!)
Jetzt lässt uns einen verlöten!**

* abgelegt: Pflanz im Gebel.

Viktor Kalitowski.

Leistungssteigerung im Ruhrkohlenbergbau

Die im Ruhrkohlenbergbau beschäftigte Arbeiterzahl wird immer geringer. Im April 1930 betrug die Gesamtbeschäftigung im Ruhrkohlenbergbau 355 000 gegen 463 000 1924 und 425 000 1913. Ging die Arbeiterzahl zurück, so stieg die Förderung auf der andern Seite. Der Schichtförderanteil je Kopf der Gesamtbeschäftigung betrug 1913 943 Kilogramm und im März 1930 1271 Kilogramm oder 1930 = 100 gesetzt, sehen wir folgende Entwicklung: Schichtförderanteil je Kopf der Gesamtbeschäftigung 1927 120, 1928 126,3, 1929 134,8 und März 1930 139,2. Die Leistung der Untertagearbeiter ist im gleichen Verhältnis gestiegen. Nimmt man aber die Gesamtbeschäftigung, so betrug deren Zahl (1930 = 100): 1927 95,8, 1928 89,7, 1929 88,3 und April 1930 83,3. Eine Senkung der Arbeiterzahl und eine Steigerung der Förderleistung, so charakterisiert sich die Entwicklung im Ruhrkohlenbergbau. Trotzdem will man dazu übergehen, die Höhe der Pumpen zu senken. Das wird allerdings dem Ganzen die Krone aufsetzen.

Die Hochflut der Patente

Selbst in dieser raschlebigen Zeit gibt es Menschen, die eifrig bemüht sind, die technischen Erzeugnisse zu vermehren. Hierüber gibt der Bericht des Reichspatentamt's Auskunft. Im Jahre 1929 belief sich die Gesamtzahl der angemeldeten Patente auf 72 748. Gegenüber dem Vorjahre ist eine Zunahme von 2,6 vH eingetreten. Bei den angemeldeten Patenten sind einige Branchen besonders betreten. Die Elektrotechnik steht mit 9337 Patentanmeldungen an der Spitze. Dieser Industriezweig hat auch mit 2676 die große Zahl der Patenterteilungen aufzuweisen. Von der Gesamtzahl der Anmeldungen entfallen auf das Deutsche Reich 57 522 (79,1 vH) und auf das Ausland 15 226 (20,9 vH). Die Vereinigten Staaten von Nordamerika stehen mit 2992 Anmeldungen an der Spitze. Es folgen: Frankreich mit 2488, die Schweiz mit 2043, Großbritannien mit 1860. Die übrigen Länder beteiligten sich mit weniger als 1000 Anmeldungen. Am Jahresjahre befanden sich noch 77 508 Patente in Kraft. Gebrauchsmuster waren 67 283 eingetragen.

**Der erste Agitationsbezirk des Gewerkschafters
ist seine Familie**



Technik und Werkstatt



Eine Hängebrücke mit 1067 m Spannweite

Von Christoph Carlowitz

Eingeengt zwischen den Eastfluß und Hudsonfluß auf schmaler, langgestreckter Landzunge liegt der Altteil der Achtmillionenstadt Neujork. Die Bewältigung des Verkehrs zwischen dieser Riesenstadt und den jenseits der Flüsse liegenden Großstädten erforderte den Bau großer Brücken und äußerst leistungsfähiger Unterwassertunnels. In Verfolgung eines großzügig aufgestellten Brückenbauplanes wird seit drei Jahren an der Errichtung einer Hängebrücke über den Hudson im Norden der Stadt gearbeitet, die mit 1066,8 Meter Mittelöffnung die größte Hängebrücke der Welt darstellt. Da die Aufsichtsbehörde die Errichtung von Brückenpfeilern in der Mitte des Stromes mit Rücksicht auf den starken Schiffsverkehr nicht gestattete und der Hudson an der vorgesehenen Stelle sehr breit ist, blieb dem Konstrukteur kein anderer Ausweg als die ungeheure Spannweite zwischen den beiden Pfeilern, womit die erst vor einigen Jahren fertiggestellte Hängebrücke in Philadelphia, die den Delawarefluß mit 534 Meter Spannweite überbrückt, um das Doppelte übertroffen wird. Die Delawarebrücke wurde seinerzeit als eine Spitzenleistung des Brückenbaus gebührend gewürdigt.

Da sich an die Hauptöffnung noch je eine Seitenöffnung auf beiden Ufern anschließt, so erhöht sich die Gesamtlänge der im Bau befindlichen Hudsonbrücke ohne die Zufahrtrampen auf 1450,8 Meter. Entsprechend der riesigen Spannweite erhalten die vier Hauptkabel, an denen die Brückendecks aufgehängt werden, eine bisher noch nie dagewesene Stärke, nämlich 91 Zentimeter Durchmesser. Da jedes der Kabel aus 61 Litzen besteht und jede Litze aus 434 kaltgezogenen und verzinkten Drähten von 4,98 Millimeter hergestellte wurde, so setzt sich jedes Kabel aus 26 474 Drähten zusammen. Die über einen Kilometer lange Brückenbahn wird also von mehr als Hunderttausend fast 5 Millimeter starken Drähten getragen. Die Kabel konnten natürlich erst an Ort und Stelle gesponnen werden, und diese Arbeit nahm allein gegen 10 Monate in Anspruch. Nach dem Spinnen wurden die Kabel maschinell zusammengedrückt und mit einer Drahtumwicklung als Wetterschutz versehen.

Die vier Kabel wurden paarweise angeordnet, also links zwei und rechts zwei. Jedes Kabelpaar hat von Mitte zu Mitte Kabel 2 3/4 Meter Abstand. Die Brückenbreite zwischen den Mittellinien beider Kabelpaare beträgt 32,29 Meter. Das Bauwerk soll zwei Brückendecks erhalten, von denen zunächst nur das obere ausgeführt wird. Es muß den Kraftwagenverkehr aufnehmen und wird deshalb in drei Fahrbahnen unterteilt. Die mittlere Fahrbahn mit 12,19 Meter Breite ist für die langsamere fahrenden Lastwagen bestimmt. Die beiden seitlichen Fahrbahnen von je 6,86 Meter Breite stehen den schnellfahrenden Personenwagen zur Verfügung. Das später anzubauende untere Brückendeck soll auf vier Gleisen die Züge der elektrischen Vorortbahnen aufnehmen. Da für die Schiffe eine freie Durchfahrhöhe von 60 Meter bleibt, so können auch die Ozeanriesen anstandslos unter der Brücke hinwegfahren.

Der ungeheuren Spannweite der Brücke entsprechend erhielten die aus Stahlträgern gebauten Türme, die die vier Hauptkabel tragen, eine riesenhafte Höhe. Die Kabel erheben sich in den Sätteln bis auf 181 Meter über den Wasserspiegel des Hudson, während die untere Brückenfahrbahn an den Türmen etwa 70 Meter über dem Fluß liegt. Jeder Turm besteht in der Querrichtung der Brücke aus je vier mehrstöckigen Fachwerkrähmen, die später mit Rücksicht auf ästhetische Wirkung mit Beton und Granit verkleidet werden sollen. Das Gesamtgewicht beider Türme ohne Verkleidung beträgt 37 500 000 Kilogramm. Die Gründung des Turmes, der auf dem neujorker Ufer des Hudson steht, bot keine besonderen Schwierigkeiten, da an dieser Stelle der Felsen zutage tritt. Es brauchte nur die verwitterte Schicht abgetragen zu werden. Der Turm jenseits des Flusses mußte hingegen im Wasser errichtet werden. Tragfähiger Felsen befindet sich an dieser Stelle erst in Tiefen von 14 bis 25 Meter unter dem Wasserspiegel. Zunächst mußten deshalb an der Baustelle des Turmes gegen 58 000 Kubikmeter nasser Schlamm abgebagert werden, und dann wurde eine offene Baugrube durch Einrammen von doppelten eisernen Spundwänden hergestellt. Zwischen die beiden 2,4 Meter voneinander errichteten Spundwände wurde undurchlässiges Material eingefüllt, um das Durchsickern von Wasser in die Baugruben möglichst zu unterbinden. Innerhalb der Baugruben wurde das Fundament für den Turm errichtet. Es besteht aus zwei rechteckigen Pfeilern von je 27 x 30 Meter Grundfläche des Unterteils und 23 x 26 Meter Grundfläche des Oberteils, der 4,5 Meter über den Wasserspiegel emporragt. Das Betonmaterial für die Fundamente des Westturmes wurde auf dem Wasserwege in großen Kähnen bis dicht an die Baustelle herangeschafft, dort mittels eines Schwenkkranes mit Greifeimer entladen und durch Förderband und senkrechte Eimerkette nach dem Mischer befördert.

Um welche riesige Mengen von Baumaterial es sich allein beim Westturm handelt, lassen nachstehende Zahlen erkennen. Zunächst mußten 4650 Kubikmeter Felsen ausgehoben werden, bis man auf tragfähige Schichten stieß. Sodann wurden für den Bau der beiden Pfeiler 27 500 Kubikmeter Beton, 1075 Kubikmeter Granit für die 60 Zentimeter

dicke Verkleidung und 275 000 Kilogramm Eiseneinlagen benötigt. Die Gründungsarbeiten für den Westturm nahmen rund ein Jahr in Anspruch. Die Gesamtkosten dieser Gründung allein wuchsen auf 1 058 700 Dollar an. Bei der Gründung des Ostturmes brauchten nur 2900 Kubikmeter trockener Felsen ausgehoben und alsdann 4200 Kubikmeter Beton und 105 000 Kilogramm Eiseneinlagen für die Pfeiler verwendet zu werden.

Auf den Türmen wurden die vier Kabel in Stahlgußsätteln gelagert, die während der Montage auf Stahlgußrollen verschiebbar waren. Nach vollendetem Einbau der Kabel wurde die Verschiebbarkeit der Sättel durch Verriegeln der Rollen mit Hartblei aufgehoben. Die Querträger der Fahrbahn sind 18,3 Meter voneinander entfernt. Sie werden an ihren Enden von 8 geflochtenen Drahtseilen mit 7,3 Zentimeter Durchmesser, die an den Hauptkabelpaaren aufgehängt sind, getragen. Die Verbindung der Hauptkabel mit den Hängedrahtseilen geschieht durch Stahlgußschellen, deren beide Hälften mittels starker Bolzen an das Kabel gepreßt werden. Die Hängeseile werden über diese Schellen geschlungen und durch Rillen in richtiger Lage gehalten. Die unteren Enden der Hängedrahtseile werden aufgeschleift, in konische Löcher zylindrischer Stahlgußstücke eingeführt und darin mit Zink vergossen. Auf diesen Stahlgußzylindern sitzen die Endversteifungen der Hauptquerträger unmittelbar auf.

Entsprechend dem ungeheuren Kabelzug der weitgespannten Brücke erforderte die Verankerung der vier Tragkabel auf den beiden Ufern ganz besondere Vorkehrungen. Auf dem Westufer des Hudson befindet sich eine etwa 100 Meter hohe steile Felswand, die sogenannten „Pallisaden“, in der Nähe der Baustelle. Da sich die Fahrbahn der Brücke an den Türmen nur gegen 70 Meter über den Wasserspiegel erhebt, so müssen die Pallisaden mit einem etwa 230 Meter langen, 45 Meter breiten und 25 Meter tiefen Einschnitt versehen werden, um die Brückenzufahrt herzustellen. Gegen 170 000 Kubikmeter hartes Felsgestein, das sich sehr gut für den Wegebau eignet, müssen deshalb aus der Felswand herausgesprengt werden. In den Felsen werden dann zwei Ankertunnel schräg nach unten vortrieben und die Stahlteile der Verankerung darin eingebetoniert. Auf dem Ostufer (der neujorker Seite) konnte man diese Methode nicht anwenden, da hier die Brückenfahrbahn bedeutend über dem Gelände liegt. Hier mußte jedes Kabelpaar in schweren Betonblöcken eingebettet werden. Die Betonblöcke wurden einfach auf die zutage tretende Felssohle aufgesetzt. So entstand ein Gebilde mit einer Grundfläche von 88 Meter Länge und 61 Meter Breite, das bei 40 Meter Höhe etwa 80 000 Kubikmeter Beton enthält. In diesen Ankerturmen wurden 2 300 000 Kilogramm Ankerstahl und 350 000 Kilogramm Eiseneinlagen eingebaut. Die Granitverkleidung der Verankerung soll erst später hergestellt werden.

Im Mai 1927 wurde der erste Spatenstich zum Bau der Brücke getan; im Frühjahr 1938 hofft man die mittlere Fahrbahn des oberen Brückendecks dem Verkehr übergeben zu können. Die gesamten Baukosten der Brücke sind mit 75 Millionen Dollar angesetzt worden. Die Verzinsung und Tilgung dieser Riesensumme soll durch Erhebung von Brückenzoll innerhalb von 50 Jahren erfolgen.

Aluminiumschweißung durch Elektrolyse

(Nachdruck verboten.)

Die ersten Versuche, Aluminium zu schweißen, schlugen bekanntlich vollkommen fehl, und zwar ist dies darauf zurückzuführen, daß das Aluminium bei Temperaturerhöhung eine feine Oxidschicht an seiner Oberfläche bildet. Da nun das Oxyd sich zwischen die beiden zu verschweißenden Aluminiumteile legt und einen Schmelzpunkt von über 3000 Grad besitzt, während das Aluminium schon bei 650 Grad zum Schmelzen gebracht wird, war die Schweißung nach irgend welchen alten, bei anderen Metallarten gebräuchlichen Schweißverfahren unmöglich.

Man ging nun darauf aus, beim Schweißen auf irgend einem Wege das Oxyd zu entfernen; doch auch alle derartigen Versuche brachten nicht völlig befriedigende Ergebnisse. So beschränkte man sich darauf, unter Verwendung von Fremdmetallen durch Löten Einzelstücke zu verbinden; man konnte also bei niedriger Erhitzung eine Verbindung der Stücke herbeiführen. Doch auch dieses Verfahren bewährte sich nicht, da die Widerstandsfähigkeit der so verlöteten Teile infolge der Empfindlichkeit der Verbindungsstellen gegen chemische und atmosphärische Einwirkungen sehr gering war.

Erst durch die Nutzbarmachung des autogenen Schweißens, besonders durch die Bemühungen des Ingenieurs M. L. Schöop gelang es, brauchbare Aluminiumschweißungen herzustellen, die aber doch nicht allen Anforderungen zu entsprechen vermochten. So ist zum Beispiel eine Bearbeitung der geschweißten Stellen von großer Schwierigkeit, was wohl darauf zurückzuführen ist, daß infolge der Oxydbildung eine weit höhere Temperatureinwirkung stattfindet, als zum Schmelzen des Aluminiums nötig ist. Jetzt ist von Dr. W. H. Peukert, Braunschweig, das Verfahren der elektrolytischen Schweißung auch dem Schweißen von Aluminium nutzbar gemacht worden (DRP 413 090).

Die elektrolytische Schweißung ist ein an sich nicht neues Verfahren — bereits in den 90er Jahren wurden von Lagrange derartige Versuche gemacht, doch beschränkten sich alle bisherigen Schweißungen dieser Art auf die Verbindung anderer Metalle, zum Beispiel Eisen und Bronze. Irgendwelche praktische Bedeutung besitzt das elektrolytische Schweißen für diese Metalle

aber nicht, da sie besser und billiger durch Autogenschweißung verbunden werden. Für das Aluminium aber bedeutet die Verbindung durch Elektrolyse insofern einen bedeutenden Fortschritt, als die elektrolytisch erzielten Schweißstellen in mechanischer und chemischer Beziehung den weitgehendsten Anforderungen genügen.

Der Vorgang bei der Schweißung ist folgender: Die Kathode wird von den mit dem positiven Pol einer Gleichstromquelle verbundenen, zu schweißenden Aluminiumstücken gebildet. Die Anode kann irgend eine beliebige Elektrode sein. Als Elektrolyt kann jedes zu diesem Zwecke geeignete Elektrolyt zur Anwendung kommen, zum Beispiel Wasser, das durch geeignete Zusätze noch leitfähiger gemacht werden kann. Auf den Kathoden entsteht, infolge ihres geringeren Oberflächenmaßes der Anode gegenüber, eine sehr hohe Stromdichte und somit eine starke Erhitzung, die nun die Aluminiumkathoden zum Schmelzen bringt. Jetzt ist es nur noch nötig, durch Zusammendrücken die Schweißstellen zu verbinden.

Da nun bekanntlich der Sauerstoff zu der Anode tritt, ist seine Wirkung auf die Kathoden von vornherein ausgeschlossen. Die Höhe der erforderlichen Gleichstromspannung richtet sich nach der Größe der Schweißstücke; zu hohe Stromstärken und eine damit verbundene Überhitzung ist unbedingt zu vermeiden.

Dieses Verfahren ist sehr einfach, kann von jedermann leicht ohne weitere besondere Geschicklichkeit vorgenommen werden, erfordert keine kostspieligen Einrichtungen und schafft in jeder Hinsicht einwandfreie Schweißstellen.

G. Hth.

Die Feuerverkadmiung

Die Herstellung von Kadmiüberzügen auf elektrolytischem Weg sind zur Genüge bekannt. Sie haben sich als Korrosionsschutzmittel für Eisen sehr gut bewährt. Obwohl das galvanische Verfahren fast ausschließlich angewandt wird, findet auch in neuerer Zeit die Metallisierung mit Kadmi im feuerverzinkten Bad Anwendung nach Art der Feuerverzinkung oder -Verzinnung. Vielfach ist man heute schon der Ansicht, daß das Kadmi die Verzinnung von Gußeisen und Stahl ersetzen werde, und nur für Gegenstände, die mit Lebensmitteln in Berührung kommen, wird das Zinn unbedingt seine Verwendung behalten.

Zur Ausführung des Verfahrens ist natürlich auch hier, wie bei jedem Metallisierungsverfahren, die Herstellung einer oxyd- und fettfreien Metalloberfläche Grundbedingung. Die Feuerverkadmiung läßt sich genau so gut wie die Heißverzinnung ausführen. Das Kadmi schmilzt bei 318 Grad Celsius und liegt die günstigste Metallisierungstemperatur bei 360 Grad Celsius gegenüber der des Zinks bei 450 Grad. Zum Schmelzen des Kadmis können Eisentiegel oder Schmelzpfannen verwendet werden, weil Kadmi das Eisen im Gegensatz zum Zink nur wenig angreift. Das Schmelzbad wird ebenfalls wie beim Verzinken mit einer Schutzschicht, bestehend aus Chlorzinkammonium und Glycerin, versehen. Die eingetauchten Gegenstände nehmen den Kadminiederschlag schnell an, sobald sie sich im thermischen Gleichgewicht mit dem Bade befinden. Auftretende Nachteile, wie bei der Feuerverzinkung infolge Anfrassens der Schmelzpfanne und Spröwerden des Niederschlags durch hohen Eisengehalt, kommen bei der Verkadmiung nicht vor.

Der Kadmiüberzug ist von silberglänzender Farbe, haftet sehr gut, läßt sich biegen, drehen, walzen usw., reißt sich aber infolge seiner Weichheit sehr leicht und verliert seinen Glanz. Infolge der Weichheit des Kadmiüberzugs verwendet man auch Kadmi-Legierungen. Als Zusatz hat sich 17 vH Zink sehr gut bewährt. Diese Kadmi-Zinklegierung schmilzt bei 267 Grad und erfordert eine Metallisierungstemperatur von 300 Grad Celsius. Eine weitere Legierung bestehend aus 29 vH Kadmi und 71 vH Zinn schmilzt schon bei 180 Grad und benötigt eine Badtemperatur von 220 Grad Celsius. Die Kadmi-Zinklegierung findet vorzüglich auf Eisen Anwendung und ist der Korrosionswiderstand gegen kohlenstoffhaltige, salzhaltige und feuchte Einwirkung ausgezeichnet.

K. Sch.

Hohe Schmelzpunkte

Von den Metallen hat Wolfram den höchsten Schmelzpunkt mit 3500 Grad. Deshalb verwendet man es als Glühfäden für Lampen und als Kontakt für elektrische Unterbrecher usw. Die Technik sucht aber unermüdlich nach Stoffen mit noch höherem Schmelzpunkt. Als solche erwiesen sich die Karbide einiger Metalle, das heißt ihre chemischen Verbindungen mit Kohlenstoff. Das bekannte Kalziumkarbid besteht aus Kalzium und Kohlenstoff, zeichnet sich aber nicht durch hohen Schmelzpunkt aus. Siliziumkarbid verwendet man schon seit langer Zeit zum Schleifen. Das Karbid des Tantal hat einen Schmelzpunkt von 4150 Grad, also wesentlich höher als Wolfram. Den höchsten Schmelzpunkt hat das Karbid des Hafniums (4160 Grad). Es gelang aber, noch höher hinauf zu gehen durch Gemische der Karbide. Ein Gemisch von 4 Teilen Tantalkarbid mit einem Teil Zirkonkarbid kam auf 4205 Grad; nahm man Hafnium statt des Zirkons, so kam man sogar auf 4215 Grad, das ist der höchste Schmelzpunkt, der bisher überhaupt festgestellt werden konnte.

Für die Technik kommt es nun darauf an, diese Stoffe so herzurichten, daß sie zum Beispiel als Drähte in Glühlampen Verwendung finden können. Sind sie dabei ebenso dauerhaft wie Wolfram, so ergibt sich eine wesentliche Verbilligung des elektrischen Lichtes. Auf alle Fälle aber können sie dazu dienen, Glühlampen von besonderer Lichtfülle (für Kinofilm) herzustellen.

Sx.

Elektrisches Abhören von Wasserrohrbrüchen

Wenn in einem unterirdisch verlegten Wasserleitungsrohr ein Bruch eintritt, so sind mitunter recht umfangreiche Erdarbeiten nötig, bis man den Fehlerort gefunden hat. Wesentlich einfacher wird die Sache mit einem elektrischen Abhörgerät. Man braucht dazu in der Hauptsache zwei mit je zwei hochempfindlichen Mikrofonkapseln versehene große Kupfermembranen, zwei Telephone, zwei Trockenelemente, die nötigen Anschlußklemmen und Verbindungsleitungen. Die beiden Membranen mit den Mikrofonkapseln legt man oberhalb des Verlaufes der Wasserleitung in einer Entfernung bis zu etwa 10 m auf den Erdboden nieder, wobei man kleine Erdhäufchen macht, damit die Berührung mit dem Erdboden eine gute wird. Hat man die Membranen mit den Telefonen verbunden, so hört man in diesen das Geräusch des abfließenden Wassers. Durch Vertauschen der Telephone an den Ohren kann man leicht feststellen, nach welcher Richtung hin das Geräusch stärker wird und wo der Rohrbruch liegen muß. Um die Fehlerstelle näher einzugrenzen, ändert man die Aufgestellen für die Membranen gegebenenfalls nochmals, wobei man aber immer darauf zu achten hat, daß die Aufgestellen nicht zu weit von der Rohrführung abweichen.

Ing. W.-na.



Familie und Heim



Zahnpflege der Kinder

Von Dr. M. Kantorowicz, Berlin

Es ist ein Irrtum anzunehmen, daß mit dem Putzen der Zähne allein alle Schuldigkeit getan sei. Allerdings spielt das regelmäßige Zähneputzen eine ungeheure Rolle in der Zahnpflege, vorausgesetzt jedoch, daß damit im frühen Kindesalter schon angefangen wird. Viel zu wenig ist dagegen bekannt, welche kräftigende Wirkung tüchtiges Kauen bereits in den ersten Lebensjahren auf das Gebiß auszuüben imstande ist. Mindestens zweimal täglich müßten die Kinder sozusagen ein systematisches Kiefernturnen ausüben. Jeder Bissen müßte im Munde tüchtig gekaut werden, wodurch seine Umwandlung in eine breiige Masse erreicht und nicht nur den Zähnen und den Kiefern, sondern auch dem Magen ein vortrefflicher Dienst erwiesen werden würde. Denn die Kinder würden dadurch nicht nur normalere Kiefer und kräftigere Zähne erhalten, sondern auch ihrem Magen nutzen, da die erste Voraussetzung für einen gesunden Verdauungsprozeß eine größtmögliche Zerkleinerung und Verbreitung der Speisen durch Anregung der Tätigkeit der Speicheldrüsen im Munde ist.

Im ersten halben Jahre sollte man das Flaschenkind nur durch einen Gummi mit Leinwand Loch saugen lassen, damit die Milch gut eingespeichelt, langsam dem Magen zugeführt wird. Macht dann das Kind von selbst Beißbewegungen, so ist es ratsam, ihm außer der Milch halbfeste Nahrung zu verabfolgen.

Nach dem ersten Lebensjahre müßten den Kindern möglichst viel feste Speisen gereicht werden. Es wird von den Müttern meistens der Fehler gemacht, daß sie den Kindern zu weiche Speisen darreichen, die mit den Zwischenkiefer, nicht aber die Seitenkiefer, auf denen die Mahlzähne stehen, zum Wachstum anregen. Der Nibbrauch und der Nichtigebrauch der Kiefer und Zähne rufen bei dem stetig wachsenden Organismus des Kindes häufig Störungen hervor. Störungen im Munde müssen rechtzeitig erkannt werden, um Schäden zu vermeiden, was noch wichtiger wäre, ihre Verbreitung zu verhindern. Eine reguläre Zahnuntersuchung der Kinder muß deshalb nicht, wie es heute üblich ist, im Säuglingsalter, sondern bedeutend früher angeschlossen werden. Es ist die höchste Zeit, einen Wandel in der stiefmütterlichen Behandlung dieses wichtigen Zweiges der Gesundheitsfürsorge zu schaffen, denn die Beobachtung zeigt, daß der weitestgehende Prozeß der Behandlung unterliegenden Zahnschwächen erkrankten Ursprungs ist. Im Alter der Hauptentwicklung der Kiefer und Zähne, das ist vom 1. bis 3. Lebensjahre, in dem das systematische Kauen besonders wichtig ist, bedeutet die richtige Ernährungswiese auch in dieser Beziehung viel. Um ein gesundes Gebiß zu bekommen, muß das Kind Gemüse, Obst und Roggkorn, dagegen weniger tierische Produkte, außer Milch bekommen.

Was das Zahnputzen betrifft, so muß es bereits im zweiten Lebensjahre begonnen werden, und zwar mindestens zweimal täglich, morgens und vor allem abends vor dem Schlafengehen. Im dritten Lebensjahre kann dann das mechanische Zahnputzen mit Benutzung einer Zahnbürste, Zahnpulver oder unschädlicher Zahnpasta (etwa GGB aus dem Konsum) begonnen werden. Auch die Mundspülung spielt insofern eine Bedeutung, als dadurch der Mund desinfiziert wird. Als Mundwasser ist das zweckmäßigste und billigste — Wasserstoffsuperoxyd (ein Teelöffel auf ein Glas warmes Wasser) zu empfehlen, wobei das Wasserstoffsuperoxyd nicht in großen Mengen gefaßt werden sollte (jedemal für etwa 10 J, und zwar in dunklen Flaschen). Einfach und billig! Die Verhütungsmassnahmen gegen die Zahnsteinbildung sind ebenso einfach und billig: man nimmt bei der täglichen Spülung eine Messerspitze Natron oder gar Kochsalz, aufgelöst in warmem Wasser. Behalten wir hierbei unsere Disziplin, so können viele Krankheiten vermieden werden, da kranke Zähne nicht nur verschleimte Magen- und Darmkrankheiten begünstigen, sondern oft sogar Tuberkulose, Nasen- und Ohrenkrankheiten (Girnhautentzündungen usw.).

Es kann nicht oft genug gesagt werden, daß kranke Zähne für die Luft in der Mundhöhle und somit der Sitz verschiedener Infektionserreger sind. So bewahrt eine vernünftige Zahnpflege nicht nur vor schmerzhaften Erkrankungen der Zähne selbst, sondern nicht zuletzt vor Erkrankungen lebenswichtiger Organe. Wir sind in der Lage, den Kindern vieles zu ersparen, wofür es bei uns zu spät ist. Darum wird auf die Schulzahnpflege heute sehr geachtet.

Neben den oben dargestellten Massnahmen müssen die Eltern dafür sorgen, daß das Gebiß des Kindes jedes halbe Jahr, aber mindestens alljährlich vom Zahnarzt untersucht wird, und zwar unabhängig von seinen Zahnbeschwerden! Auf diese Weise kann jeder Zahnfehler schon am Anfang entdeckt und beseitigt, Verluste von normalgebildeten Zähnen vermieden und schmerzhaftere, unsichere Wurzelbehandlungen, größere und daher weniger haltbare Füllungen sehr eingeschränkt werden. Je kleiner die Defektstelle, um so schmerzloser und erfolgreicher die Zahnbehandlung. Die auf diese Weise organisierte Zahnbehandlung, die man eher Zahntontrolle nennen könnte, gibt auch den Kindern keinen Grund zu der üblichen Angst vor dem Zahnarzt. Jedenfalls ist es ein großer Fehler, dem Kinde die Angst vor dem Zahnarzt anzuerziehen, wie es leider oft der Fall ist. Die Erfahrung zeigt, daß, wenn Kinder in ihrer Schulzeit eine halbjährige Zahntontrolle hinter sich haben, sie bei Beendigung der Schulpflicht mit gesundem Gebiß entlassen und außerdem zur regelmäßigen Zahnpflege angeregt werden.

Erbliche Belastung

In der Sprechstunde der Eheberatung erscheint ein blühender junger Mann mit seiner Braut, einem frischen, gesunden Mädchen, das nur ein Bedenken gegen diese von ihr sonst sehr ersehnte Ehe hat: der Bruder ihres Verlobten leidet seit seiner Geburt an Weitsicht und schwerer Geistesstörung. Sind ihre künftigen Kinder nicht in Gefahr, das Leiden zu erben?

Der Arzt, der die Eheberatung ausübt, kann das Mädchen vollauf beruhigen; der mit erblichem Weitsicht Belastete selbst würde zwar seine Krankheit auf durchschnittlich die Hälfte seines Kindes vererben, die gesunden Verwandten dieses Kranken jedoch haben lauter krankheitsfreie Kinder.

Sehr viel ungünstiger gestaltet sich die Prognose für die Angehörigen der an Seelenpatung, das heißt einem Verfall der Persönlichkeit und der an zirkularem Irresein Leidenden. Diese sollten natürlich niemals Kinder haben, da rund 50 bis 60 Prozent der Kinder geistig abnorm sein würden. Nicht nur die Kinder, sondern auch die Enkel sind gefährdet, da das Keimplasma vererbend in sich selbst entfernten Verwandten, wie Onkeln und Tanten, Neffen und Nichten ist von der Fortpflanzung abzuraten, wenn sich ihnen oder ihren Ehepartnern auch nur die geringste Anzeichen vom Normalen findet.

Ähnlich sind die Verhältnisse bei erblichen Epileptikern, den an Krämpfen Leidenden, bei denen sich ebenfalls die Zeugungsergebnisse um so ungünstiger gestalten, je abnormer der andere, nicht selbst an Krämpfen leidende Elternteil ist. Ganz anders dagegen liegen die Erbschaftsverhältnisse bei Krieger- oder sonstigen Epileptikern, die aus Grund einer Kopfverletzung ihren Krampfanfall später erworben haben. Die aus den Untersuchungen der Vererbungsforscher hervorgeht, besteht vom eugenischen Standpunkt aus keine Veranlassung, diesen Leidenden oder gar ihren Verwandten von der Kinderzeugung abzuraten.

Häufige Gäste in der Eheberatungshalle sind die Nachkommen von Alkoholikern, die sich sehr oft vor dem Gespenst der erblichen Belastung fürchten. Überaus wichtig wäre es, zu wissen, ob Alkoholmissbrauch der Eltern an und für sich ohne Rücksicht auf die sonstigen erbliche Minderwertigkeiten so mancher Trinker das Keimplasma ungünstig beeinflusst. Die Untersuchung über diese unangenehme Frage ist noch im Gange. Doch zeitigen die bereits vorliegenden Untersuchungen auch schon bisher bemerkenswerte und unerwartete Ergebnisse. So groß jedenfalls, wie manche Nebenärzte sich vorstellen, sind die Keimschädigungen durch Alkohol nicht, jedoch gesunde Kinder von Trinkern einen Schaden für ihre Nachkommenschaft nicht zu befürchten haben. Dem chronischen Alkoholiker selbst indessen, der meist minderwertig und abnorm veranlagt ist, sollte man auf alle Fälle von der Fortpflanzung abraten.

Die praktischen Ergebnisse der psychiatrischen Erblidlichkeitsforschung — sie schon vorliegenden wie die noch in Aussicht stehenden — sollen nun keineswegs, wie es bisher den Anschein haben machte, ausschließlich der ausmergenden Eugenik dienen, die die möglichste Ausrottung der untauglichsten Erbelemente aus einem Volk zum Ziele hat, sondern sie dienen ebensosehr der aufbauenden Eugenik, welche die möglichste Vermehrung der Träger wertvoller Erbinheiten anstrebt. Es gilt nicht nur, zu wissen, bei welchen Typen eine Fortpflanzung unerwünscht, sondern ebensosehr, bei welchen eine ausreichende Fortpflanzung besonders erwünscht ist. Die sichere Verantwortung dieser eugenisch grundlegenden Fragen aber läßt sich nicht durch eine willkürliche Ansicht, durch Schmachttitel oder Antipathie erreichen, sondern allein durch eine genaue Erforschung der empirischen Erbsprognose. Dr. R. S. Herzberg

Zwiegespräch im Kaffeehaus

In einem Kaffeehaus einer Großstadt. Bekannter Bekanntschaft der nationalen Jugend. An einem Tisch ein Herr, glattkräftig, mit Glas. Sein Blick ruht auf dem Publikum, bleibt schließlich an der Wand hängen. Zwei Herren in der Uniform der Stahlhelmer nehmen vor ihm Aufstellung. Klappen die Hatten zusammen und bitten, Platz am Tisch nehmen zu dürfen. Offenbar vermuteten sie in dem Gast einen Offizier. Dieser hob den Kopf, warferte die Uniformen herunter. Er sagte dann leicht bemerkt: „Ich kann es Ihnen nicht beweisen, hier Platz zu nehmen, aber offen gesagt... hm... Ihre Gesellschaft ist mir unangenehm.“

Die Stahlhelmer verzuckelten sich, saßen sich versagen um, bemerkten, daß man an den Bekannten aufmerksam wurde. Sie schoben sich an, mantrierten eine Verbeugung und verzogen sich an einen anderen Tisch.

Der Gast mit dem Glas sah ruhig, als wäre nichts geschehen, gedanklich, hängte auf die einsetzende Musik. Er hatte jetzt kein Auge mehr für die Umwelt. Er bemerkte daher nicht, daß zwei weitere Stahlhelmer sich zu den beiden Abgewiesenen setzten. Die vier stellten die Köpfe zusammen, sprachen angedeutet, wobei sie dem Herrn mit dem Glas glänzende Blicke zuwarfen.

Das Musikstück wechselte. Der Herr mit dem Glas hob wie erwartend den Kopf, bemerkte jetzt auch die vier häßlich zehenden Uniformierten. Was sie bebedeten, war ihm sofort klar. Er bemerkte, wie sich einer erhob und etwas leuchtend auf ihn zukam, von den Wänden seiner Kameraden begleitet. —

Verbeugung, Handschlagen. — „Gefallen?“

Der mit dem Glas lachte überlegen. — „Bütel“ erwiderte er. —

Der Stahlhelmer nahm Platz, vernichtete sich. — „Serian“, stellte er sich etwas verlegen vor. Der andere nickte leicht.

„Ratte“ — er — war die höfliche Frage gestellt. — „hm.“

Der mit dem Glas wachte lächelnd ab. — „Sich aber, was Sie beabsichtigen?“

„Serian!“

Richtig, Herr Serian! Sie würden Aufklärung über mein Verhalten Ihren Kameraden gegenüber.

„Ja, bitte, ich — hm — wäre Ihnen sehr verbunden — ich hoffe — daß Sie — hm — eigenartiges Verhalten — nicht — hm — aus Verwirrung gegen die Uniform geschah.“ —

„Doch, mein Herr,“ fiel ihm der andere in die Rede. „Sie haben es erkannt.“

Der Stahlhelmer bebt. — „Warum, wenn Sie die Frage gestellt?“

„Gefallen, lang und hübsch; Sie habe alles, was nach dem Kameraden — hm — ich wollte sagen, Uniform trägt, was alles, was mit Nach gesammelt!“ Die Stimme wurde leiser, aber die beiden Schatz hielten seine Augen. Die Stille, die zum größten Teile nach nachschwebte —

„Kamraden sind die den Mund, den Mund, den Mund, nach nicht gesehen, gelangt haben, kann man sich selbst. Ihre Stimmensprache, ihr Aussehen, das man mit Vorzug. — Aber die Rede von —

„Gefallen.“ — er mochte eine Pause, vernichtete sich, sah sein Gebiß — die dieses Wortes übertrieben, obwohl sie nicht in der Gruppe verpackt waren, verachte ich. Diese Kameraden, die immer einen Vogel haben müssen, um ihren Kameraden zu imponieren.

„Mein Herr,“ sagte der Stahlhelmer, die Farbe wechselnd, „Sie befragen mich damit ebenfalls — ich war Offizier!“

„Ich auch, Herr.“ — „Serian!“ — „Gefallen, verabschiedet sich verabschiedet.“

Ich so leer, so bloß, so nichts sagend aus. Ruhig nahm der andere seinen Platz an sich. Der Stahlhelmer bewegte die Rippen, formte Worte, doch brachte er kein Wort hervor.

„Sehen Sie, mein Herr,“ hob er mit dem Glas wieder an, „weil ich dieses Kammermorden, diese Verdrückung des Menschen zum Elenden, zum Tier miterlebe, bin ich doch im Besitz meines gesunden Menschenverstandes geblieben.“

„Sie befehlen den Krieg — wie — Nord zu nennen!“ Der Stahlhelmer schnappte, suchte nach Worten. „Haben unsere Soldaten nicht Hervorragendes geleistet? Sind nicht viele Tausende als Helden für unser — Vaterland gefallen? Haben ihr Blut gewässert?“

„Das erste unterjochte ich. Das letztere stelle ich in Abrede. Auch ich lege Ihnen eine Frage vor: Betrachten Sie alle, alle Gefallenen, Gemordeten als Helden? Ich nicht! Wie viele wurden aus den Armen der Familie, der Gattin, der Eltern gerissen, mit Gewalt in den Tod gejagt! Wie viele wurden sogar an der Front mit Gewalt in das widerwärtige, teuflische Feuer getrieben! Halten Sie diese auch für Helden, diese friedlichen Menschen, die so dahingeschlachtet wurden? Keiner! Das waren keine Helden, das waren zum Tode verurteilte, unschuldige Menschen!“

Bei den letzten Worten legte er ihm die Hand auf den Arm, dann warf er zum Nachdenken. Der Stahlhelmer schnappte nach Luft.

„Und Sie — gestalten Sie noch eine Frage, mit dem schmaßhaften Versäuler Vertrag einverstanden?“

„Nein, das nicht, aber wir sind Besiegte; der Sieger hat dieses Recht, die Gewalt auf seiner Seite.“

„Aber die Kriegsverhältnisse?“

„Sie wollten mir noch eine Frage stellen, kommen aber mit der Schwärze. Diese ändert nichts an meiner Meinung. Deutschland beherrscht eine ganze Menge Menschen, die den Krieg wollten, die heute noch so verblendet sind und sagen: „Siegreich woll’n wir Frankreich jagen!“ Hinter uns Deutschen ist — leider — ein großer Prozentjah Abenteurer.“

Der andere antwortete auf seine Augen blühten. Doch ruhig fuhr er mit dem Glas fort: „Betrachten Sie die französische Fremdenlegion, wo ein sehr harter Teil Deutscher ist und viele Freiwillige. Beachten Sie, daß überall, wo Krieg ist, Deutsche freiwillig mitkämpfen.“

Der Kellner kam. Der Herr mit dem Glas zahlte. Der andre erhob sich verlegen, mit kläglichem Gesicht, klappete die Hatten zusammen und zog sich beeiligt zu seinen Kameraden zurück. G. S.

Vertauschte Kinder

Das Kriegsgericht in Daxheim wird sich demnächst mit einem seltenen Fall zu befassen haben. In der Geburtsstunde zu Daxheim sind vor zwei Jahren zwei arme Frauen am selben Tage niedergeboren. Beide Frauen, die im selben Saale nebeneinander lagen, gebaren Knaben. Die Neugeborenen wurden jedoch von der Gebärerin vertauscht. Als die Hebammen auf den Irrtum kamen, konnte sie ihn nicht mehr gutmachen, da die eine der beiden Frauen sich bereits außerhalb der Anstalt befand, die Hebammen jede Anwesenheit verweigerte und deshalb die beiden Mütter nicht anrufen konnten.

Auf irgendeine Weise ist die Angelegenheit dem einen der nunmehr zehnjährigen Jungen zur Kenntnis gelangt. Er ist der Sohn einer Eltern, während die Eltern des andern Knaben wohlhabend sind. Der arme Knabe beansprucht jetzt seine vermeintlichen Rechte und will die Eltern wechseln. Es ist ihm gelungen, alle Personen anzusprechen, die etwas von der Sache wissen, und auch die Hebammen hat gerichtlich zu Protokoll gegeben, daß ihr damals eine Vertauschung unmerklich sei.

Ehefrauen schlechter gestellt als Lebensgefährten

Für die wiederverheirateten Kriegertwitwen

Die Vorsitzende des Landesverbandes der wiederverheirateten Kriegertwitwen in Frankreich, A. Dournet, Paris, veröffentlicht in der Femmo Socialiste, dem Blatt der französischen Sozialistinnen einen Aufsatz dagegen, daß den Kriegertwitwen bei ihrer Wiederverheiratung die Pension entzogen wird, trotzdem ihnen mit dem Gesetz vom 31. März 1920 die Unberührbarkeit ihrer Rechte zugesichert wurde. Aus der Begründung heben wir hervor:

„Unabhängig von Gesetzen, die mehr oder weniger gerecht er scheinen mögen, muß man die Ehe selbst in Betracht ziehen, die das muß man zugeben, auf allen Gebieten leibhaftig umritten ist. Ich möchte mich durchaus nicht zu einem Apostel der Ehe machen, aber ich möchte, daß dieser soziale Zustand als Rechtsmittel der freien Lebensgemeinschaft oder dem ledigen Stand gleichgestellt werde und daß vor allem die individuelle Freiheit unberührt geachtet werde.“ Den Ehemann, dessen man sich gewöhnlich bedient, um den wieder verheirateten Kriegertwitwen die Pension freitrag zu machen, der Unterhalt, weise ich zurück.

Manche sagen: Durch den Tod unseres Gatten haben wir unseren Unterhalt verloren und nun haben wir mit dem neuen Gatten wieder einen Ernährer gefunden. Für diese besteht der Vergleich. Wenn sich die Ehefrau auf diese Ermüdungen gehalten hätten, dann hätten sie nicht eine Pension, sondern eine Unter stützung festgelegt, nach dem Schema, das vor 1928 für die Verwandten (Eltern, Großeltern) gegolten hat.“

Der Entzug der Witwenpension bei Wiederverheiratung wird gewiß in vielen Fällen bewirken, daß die neuen Partner einer Lebensgemeinschaft auf die gesellschaftliche Trauung verzichten. Das bringt eine Verringerung des Reichthums der Kinder mit sich.

Was es in Bayern gibt

Ein kinderloses Ehepaar in München hatte das uneheliche Kind der Schwester der Frau in Pflege genommen. Das Kind fühlte sich außerordentlich wohl, es wurde wie das eigene Kind gehalten und aufzogen. Die Ehefrau erhielt nun vom Wohlfahrtsbeiratamt die Mitteilung, daß sie das Kind ihrer Schwester nicht behalten dürfe. Grund: das Kind ist katholisch getauft und die Pflegereltern sind freireligiös. Wegen der Glaubensverschiedenheit muß das Kind seinen Verwandten genommen und zu fremden Eltern in Pflege gegeben.

Aus dem katholischen „Bayerischen Kurier“: „Zum Geburtstag seiner königlichen Hoheit des Kronprinzen Ruprecht hat Hochwürden Stiftsdekan Staudhammer eine heilige Messe in der Theatiner Hofkirche in Anwesenheit einer großen Teilnehmerzahl. Vom königlichen Hause waren u. a. Prinz Ludwig Ferdinand und Prinzessin Arnulf erschienen. Im Kronhof Offiziere der alten Armee sah man Generaloberst Graf Holsherr und den Präsidenten des Bayerischen Kriegervereins General Danner. Vom Landtag hatte sich Präsident Stang ebenfalls gefunden. Die Abordnung des Bayerischen Kriegervereins nahm an dem Bundeskammer Ausstellung vor dem Frauenaltar, an dem die heilige Messe gelesen wurde. Im Querschiff stand ein Später mehr als 20 Fahnendeputationen, darunter Infanterie, Kavallerie, Gebirgsjäger, Mannen, Stabsführervereinigungen, Eisenbahnerbund, Bund der Frontkämpfer und Bayern und Reich.“

Der Schnüffler

„Das Sägewerk“. So heißt der neue Roman, der als das neueste Werk des Dichterkreises herausgebracht wird. In dem Vorwort von Schöber heißt es darüber: Die Arbeit behandelt russische Gegenwart. „Das Sägewerk“ ist in vielfacher Hinsicht und gerade in entscheidenden Punkten charakteristisch im Verhältnis von „Regierung“ und Bauernmasse; charakteristisch in dem politischen Problem „Führer und Masse“; charakteristisch in seiner literarischen Realist und Naturalist. Alles deutet auf den besonderen Doppelcharakter der russischen Revolution, die nur zu einem Teil eine proletarische, entscheidend aber eine bürgerlich-kapitalistische war und geblieben ist. — Im folgenden bringen wir eine Probe aus dem vorzüglich ausgestatteten Bücherkreisbuch von Anna Karawajewa:

Der Ingenieur brachte eine Nachricht aus der Stadt mit: der Gebietshauptstadt sollte eine Kommission zur Revision der Industrie des Gebietes kommen, und einer der Revisoren sollte auch das Sägewerk besuchen.

Ognew war unzufrieden. „Hätten sie nicht später kommen können? Ich habe in meinem Leben genug Untersuchungskommissionen gesehen, und meistens waren sie sinnlos. Die Regeln an dem geht's holt die Arbeiter; nicht als Störung. Wir können jeden Tag mit unserem Zweig, auf die Hauptstraße stoßen, wir müssen den Motor heranschaffen, das ist wichtiger.“

Der Revisor kam und sofort wurde alles unruhig. Er war irgendwie zu groß geraten, eher mehr in die Breite als in die Länge. Er hatte ein plattes Gesicht mit Gängebäcken, bläulich-blau wie ein blutarmes und trübes Kind; er hatte etwas von einem Kasiraten an sich. Sein Anzug war von wohlberühmter Sachlichkeit: aus den Seitentaschen einer blauen Tscheljuski-Mütze sahen Notizbücher: ein „ewiger“ Bleistift steckte den Kopf aus der oberen Tasche heraus. Die hohen Schaffstühle knarzten.

„Es ist äußerst wichtig, die Frage bei dem rein geschäftlichen Teil anzusprechen: ... beim System der Verwendung der Erntemittel...“ „Spitze nur zu!“ dachte Ognew. Laut aber sagte er: „Na, besondere Geschäftsoperationen finden Sie bei uns nicht, wir sind erst im Bau und beschäftigen vorläufig nur Mittel.“

„Werden sehen, werden sehen“, schnauzte Grivatschew. Auf dem Berg angekommen, sah er sich flüchtig und gelangweilt um, tat so, als bemerke er weder den Lärm noch das hastige Arbeiten, und bat, ihn ins Kontor zu führen.

„Haben Sie kein Interesse, zunächst einmal den Bau selber kennenzulernen?“

Grivatschew operierte bereits mit beiden Händen: er hatte den „ewigen“ Bleistift gezückt, legte seine Notizblöcke auf den Tisch zu recht. Dann antwortete er ohne Eile: „Genosse, ich habe mein eigenes System: erst will ich die materiellen Voraussetzungen kennenlernen... was den Bau nährt... ja... und dann erst alles andere.“

Ognew suchte mit der Schulter und bis sich auf die Lippe. „Genosse Spodobijew, zeig' dem... Revisor alles, was es bei uns im Kontor gibt.“

Er grüßte militärisch und ging mit Midzjajem zusammen hinaus. „Hilf! Hier kann man gleich besser atmen... Wo haben sie bloß diesen grünen Jungen ausgegraben?“

Der Ingenieur begann unentfesselt: „Ein komischer Typ... Hat für nichts Interesse, steckt die Nase gleich ins Papier.“

Ognew unterbrach ihn scharf: „Nicht komisch, nein, einfach ein Idiot. Wir haben genug von diesen hochqualifizierten Dummköpfen und Kapageien. Die lernen anderthalb Duzend Phrasen auswendig, rauchen nicht, trinken nicht, sind tugendhaft wie ein Floß... und machen Karriere... Außerlich kann man nicht an sie ran, aber innerlich sind sie, alle diese... Swetofars... schleimiger Mist... So einer kommt her und überfließt das Werk und diese ganze Energie! Teufel! Besser wäre es, wenn er besoffen wie ein Sling gekommen wäre, tatsächlich. Das wäre besser.“

Nach dem Mittagessen rief Spodobijew Ognew ins Kontor. Spodobijew's ruppiges Gesicht lächelte schuldlos. „Dieser... Revisor, oder was er ist, seufzt da rum... Abnorme Sachen, sagt er, Verbesserungen... Geschwätz hab' ich... Kommen Sie selber.“

Grivatschew empfing Ognew mit einer Salbe von Fragen: wie man die Kredite bekommen hätte, welche der „höheren Institutionen“ die Berichte durchgesehen hätte, wann, wie, und wenn nicht, dann weshalb nicht?

„Berehrter Genosse Ognew! Sie haben Abnormitäten in den Ausgaben! Hier in dieser Spalte 375 Rubel Mehrausgaben. In dieser... hundert... Weiter... 597 Rubel und 85 Kopfen.“

„Ja“, sagte Ognew, kalt blidend, „es sind auch schon viele Nachtragsbeiträge angefordert.“

„Das kann sein... möglicherweise... Aber, berehrter Genosse, ich... als Revisor... muß... das Substanzvoll über... über Ihr System, mit Geld umzugehen, in Kenntnis setzen.“

„Der macht mir bestimmt eine Sauerei!“ dachte Ognew wütend. „Der ist froh, weil er etwas Abnormes gefunden hat... So eine Querschnittsmaße!“

„Ferner, berehrter Genosse! In der Instruktion heißt es: eine Parade für die Arbeiter im Walde... Sie haben aber zwei gebaut. Dann... ganz unverständlich... Kohlen, Seife, Wäschentücher, ha... merz-wür-dig... Was ist das: Strohhüte gestopft... Händen genäht, Rafen... Entschuldigend Sie, Genosse... aber ich als Revisor muß das wissen...“

„Ich informiere Sie in aller Kürze: die Cholera durfte nicht bis an den Hauptbau herankommen. Wir mußten im Walde eine Quarantäne einrichten.“

„Sie sind natürlich der Hauptleiter, teurer Genosse... aber trotzdem ist Ihre Argumentation ungenügend... Sie hätten die Kranken sehr wohl ins Krankenhaus bringen lassen können... schließlich Werk trodene Straße, das ist eine Kleinigkeit.“

Am nächsten Tage erklärte der Revisor, er werde mit dem Abendzug abfahren. Er sprach noch aufschneiderischer als am Tage zuvor. „Genossen, ich werde in meinem Bericht an das Substanzvoll sagen, daß na-tür-lich... einiges hier gemacht ist und daß sogar... in gewisser Weise, die Organisation eines neuen Lebens im Dorf in Angriff genommen ist... Aber... ich kann nicht versprechen, daß ich Abnormitäten bemerkt habe...“

Er warf Ognew einen Blick zu, aus dem dieser lesen konnte: „Du hättest dich besser mit mir stellen sollen, ja.“

„Aber merken Sie sich, jede Verzögerung bei der Lieferung der Motoren wird sich für uns nicht nur beim Werk, sondern auch im Dorf schlecht auswirken. Die Mühle kann nur arbeiten, wenn das Sägewerk arbeitet. Können Sie das verstehen?“

Abends, als Grivatschew schon fortgefahren war, schnappte Ognew über sich selbst. Er hatte nicht den richtigen Ton für diesen Gainsnabel gefunden! War selber nervös wie ein Junge, er hätte ihn durch Mühe und Überlegenheit erbeugen müssen.

Einige Tage später kam ein Telegramm vom Vorsitzenden des Substanzvoll's, einem alten Genossen Ognew's.

„Lieferung der Motoren angefallen. Wirtschaftsrat fordert Markstellung bezugsfähiger Summen. Einbruch vom Bericht über Revision negativ. Persönliche Anwesenheit notwendig. Streik.“

Wochenende und Gesundheit

Die Arbeitsgemeinschaft deutscher Gewerbeärzte hat bei ihrer Tagung am 7. Juli 1924 Beschlüsse aufgestellt betreffend Einhaltung von Ruhepausen. An erster Stelle wird folgendes gesagt: „Jede längere Arbeit — körperliche und geistige — muß durch Ruhepausen unterbrochen werden; wenn dies nicht geschieht, steigt die Ermüdung unverhältnismäßig rasch an, während sich die Leistungsfähigkeit erheblich vermindert. Die Notwendigkeit derartiger Ruhepausen ist durch wissenschaftliche Untersuchungen und praktische Erfahrungen begründet.“ Diese Einhaltung von Ruhepausen in den Arbeitstagen hat nun auch Geltung für die Woche als Arbeitseinheit. Durch lehrreiche Untersuchungen ist festgestellt worden, daß man aus der Menge der ausgeatmeten Kohlen Säure auf den Grad der Ermüdung eines Arbeiters schließen kann. Ein Höchstmaß von Kohlen Säure in der Ausatmung ist ein Maßstab für die volle Belastung der Muskeln; Abnahme der Kohlen Säure infolge fortlaufender Arbeit zeigt eine Überlastung an und ist ein Merkmal der Ermüdung.

Walter R. Polakow-Newjork hat in dieser Beziehung bemerkenswerte Beobachtungen an Arbeitern verschiedener Industrien gemacht. Am Montag ist der Arbeiter noch unter dem Einfluß des vorhergehenden Ruhetages; man erkennt eine langsame Entwicklung zu einem Höchstmaß der Leistung in den Morgenstunden. Am Dienstag erreicht die Arbeitsleistung ihren Höhepunkt. Am Mittwoch tritt Ansammlung von Müdigkeit in Erscheinung; die Arbeit erreicht nur langsam ihre Spitze am Vormittag und löst nachmittags nach. Am Donnerstag machen sich weitere Folgen der Müdigkeit geltend; das Kennzeichen der Nachmittagsarbeit ist Schmerzfälligkeit. Typische Erscheinungen der Erschöpfung seiner Kraft zeigt der industrielle Arbeiter am Freitag und Sonnabend: „Nach einer größeren Anstrengung am Vormittag von außerordentlich kurzer Dauer fällt die Arbeitsleistung von Stunde zu Stunde, und auch die Mittagspause bringt für den Nachmittag keine neue Belebung der Arbeitskraft.“ Die am Nachmittag infolge der Anstrengung anfangs gesteigerte Menge der ausgeatmeten Kohlen Säure fällt langsam ab und deutet auf eine fortlaufende Ermüdung des Menschen hin.

Während es also gelingt, im Anfang der Woche durch eingehaltene Ruhepausen die Arbeitskraft zu beleben, genügt eine solche einfache Ruhepause nicht mehr, wenn der Arbeiter sechs Tage tätig gewesen ist. Es bedarf dann einer besonderen Anregung, um — wenn man so sagen darf — die erschöpfte Arbeitskraft wiederherzustellen. Wie kommt das?

Das Besondere der Arbeit unserer Tage, des Zeitalters von Industrie und Technik, ist Eintönigkeit und Hast. Und gerade die Tätigkeit des Industriearbeiters ist in hohem Maße

mit diesem Übel belastet. Ein großer Hundstich der Belegschaft moderner Industrieunternehmen muß Arbeiten leisten, welche im gewissen Sinne geisttötend wirken und eine seelische Belastung von nicht zu unterschätzender Wirkung bedeuten. Man hat auch von psychotechnischer Seite dieser Frage Aufmerksamkeit geschenkt, zumal die einschläfernde Arbeit häufig die Aufmerksamkeit herabsetzt und Fehler übersehen läßt.

Die naturgemäße Begrenzung der Arbeitsleistung ist die Ermüdung. Die Energie spendenden Substanzen werden aufgebraucht und es sammeln sich in den arbeitenden Organen, in der Muskulatur und im Gehirn Stoffwechsel- oder Abbauprodukte an, welche durch die Blutbahn weiter verschleppt werden. Da nun auch bei einer Muskelarbeit die Leistungen des Nervensystems mit beansprucht werden, so ermüden nicht nur die Körpermuskeln, sondern auch die Zellen des Zentralnervensystems und der Sinnesorgane. Vom arbeitenden Einzelorgan geht die Ermüdung allmählich auf den Gesamtorganismus über. Eine solche physiologische Grenze der Arbeit ist am Wochenende erreicht.

Es gilt nun die aus der Arbeit entspringenden kleinen und großen Schädlichkeiten zu beseitigen: Die einseitige und meist übermäßige Inanspruchnahme einzelner Körperteile soll durch harmonische Körperkultur ausgeglichen werden, die in den Luftwegen abgelagerten Staubmengen werden abgeführt durch Aufenthalt in möglichst staubfreier Gegend, etwa — wenn auch nur in geringster Menge — aufgenommene Gifte werden ebenfalls am besten durch Aufenthalt in freier, frischer Luft unschädlich gemacht. Vor allen Dingen aber muß der Geist Anregung erhalten. Das wird erreicht fern von der Eintönigkeit und Hast der Großstadt in freier Natur, wo wirtschaftliche Sorgen und soziale Verbitterung auf Stunden vergessen werden.

Wenn das Wochenende in diesem Sinne verbracht wird, bedeutet es für die gesamte arbeitende Bevölkerung eine Förderung der Gesundheit und Kraft. Das Titelbild einer illustrierten Zeitschrift brachte vor einiger Zeit eine Wiedergabe des Londoner „week-end“ (Wochenende): „Der bunte Korso der Ruderboote am Tage einer großen Regatta“. In landschaftlich anmutiger Gegend verbringt der Londoner das Wochenende. Gesundheitlich wäre es durchaus zu begrüßen, wenn auch in den industriereichen deutschen Großstädten dieser Wochenendgedanke immer fetteren Fuß fassen würde; denn der durch das Wochenende gegebene Anlaß zur Erholung entspricht einem durchaus physiologischen Bedürfnis nach Ruhe und Ausspannung. Die Arbeitsfähigkeit wird erhöht und ein fördernder Schritt geleistet zur Hebung der Volksgeundheit. Dr. Mag Or u n e w a l d.

Mondsüchtig bin ich nicht geworden, dafür habe ich aber im Leben schon oft in den Mond gucken müssen. — — —

Die Arbeiterchaft muß auch sehr oft in den Mond gucken. — Die Nationalisierung hat für die Unternehmungen manchen Vorteil gebracht. Der sollte auch der Arbeiterchaft zugute kommen, wenigstens verbrach man das, als man die Nationalisierung einführte. — Nun aber hat sie der Arbeiterchaft Massenarbeitslosigkeit und erhöhte Anspannung der noch tätigen Kräfte gebracht. Die Gewinne der Unternehmungen stiegen, die Arbeiterchaft aber — guckt in den Mond. — — —

Die Republik ist zweifellos das Werk der Arbeiterchaft. Die steht auch jederzeit bereit, die junge Republik zu schützen und zu stützen. Unergründlich kämpft die Arbeiterchaft für ihre Ideale. — Den Beamten der Republik hat diese neue Staatsform unendlich viele Vorteile, unendlich viele — nie genossene — Freiheiten gebracht. Die Beamten — in ihrer Mehrheit — sind keine Freunde der Republik. Sie waren auch nie Kämpfer für die Republik. (Einige sind es allmählich geworden.) Aber Ruhehüter der Er-rungenschaften dieses Staates, das sind die Beamten. — Die Kämpfer für Freiheit und Recht, für Volkstaat und Auf-bau — das schaffende, wirkende Volk aber — guckt in den Mond. — — —

Ich habe gefunden, daß die Treuen, die Ehrlichen, die Menschen mit den besten Absichten für ihre Mitmenschen meistens in den Mond gucken. — — —

Zeit um den Sommer, Zeit um das Reifestieber. — „Ich fahre in die Schweiz.“ — „Ich fahre an die See.“ — „Wir — können uns das leisten.“ — „Betrübt guck' ich in meine Wirtschaftskasse und — guck' in den Mond. — — —

Wir sind jung. — In unserm Giebeln schlummert eine ungeahnte Kraft. — Laßt sie uns doch ausproben und ausleben. — Wir möchten schaffen! — Wir möchten an der Seite unserer verheirateten Brüder, die — weiß die Wirtschaft „sozial“ denkt — noch in Arbeit stehen, aufbauen und werken. — — —

Geh' uns den Werktag — Denkt noch daran, daß auch wir mit unserm Wädel einmal in eine Gemeinschaft möchten. — Ihr alle hattet eine Jugend voller Arbeit und Gestaltung, und damit eine Jugend voller Freude und — wahrscheinlich auch Glück. Ihr dürftet voller Hoffnung in die Zukunft sehen. — Wir aber — erkennen doch das —, wir — gucken in den Mond. — — —

Wenn ich nicht schon so sehr daran gewöhnt wäre, alles leichter zu nehmen, wie es ist, dann wäre ich starrer schon bezweifelt. Aber nein, bezweifeln will und werde ich nicht. — Ich behalte den Kopf oben, lächle über das — „bescheidene“ Leben und — guck' in den Mond. — — —

Arbeiten nur heißt besitzen

Ich besitze nicht viel, doch was ich besitze, ist meines. Denn ich habe es mir durch Arbeit erworben. Durch mich selbst wurde es mir. Durch mich wurde der Gegenstand, den ich besitze, aus der Ware zu einem persönlichen Stück meines Lebens geworden, zu einem Stück, das ich liebe, weil es von mir selber und meinem Schaffen zeugt. Durch Schaffen kommt Ware in ein stilles Verhältnis zum Menschen. Unpersönlich, nur als Sache stehen die Gegenstände in den Läden, nur als Sache stehen sie in der Wohnung des Fremden, der sie nicht erwirbt. Nur wer durch Schaffen erwirbt, besitzt. Der Arbeiter, der einen Garten bestellt, so sagte Humboldt einmal, ist vielleicht in einem wahreren Sinne dessen Eigentümer, als der müßige Schwelger, der ihn besitzt und genießt. Nur Schaffen bringt den Besitz, der ethisch und menschlich ist.

Unfruchtlich ist die Ordnung des Lebens, die vielen ohne Arbeit demnach Besitz und Genießen eines Besitzes möglich macht. Unfruchtlich ist die Wirtschaftsordnung, die so vielen durch Arbeitslosigkeit die Freude eines wahrhaft Erworbenen vorenthält.

Unfruchtlich ist die Ordnung des Zusammenlebens, die durch schlechte Entlohnung nicht jedem in vollem Maße die persönliche Gestaltung des Lebens als Ausdruck des Schaffens gibt.

Produkte werden von Menschen durch Arbeit erzeugt, durch Arbeit wieder erworben zu werden zur Freude.

Und Kultur, Kunst und Bildung, durch Arbeit erworben, durch Arbeit möglich gemacht, ist persönliche Kunst, persönliche Bildung, Kultur, die im schöpferischen Triebe des Menschen wurzelt.

Darum ist dem satten Philister, der sich seine Mittel ohne Mühe erwirbt, die Oper oft nur ein gesellschaftliches Ereignis, während sie den mühevoll schaffenden Menschen durch diese Erarbeitung von Kultur oft in viel höherem Maße persönlichem Erlebnis ist.

Durch Arbeit nur wird das Leben gedeckt und erst, wenn die Arbeit durch die neue wirtschaftliche Ordnung den Kernpunkt des Lebens bildet, wird das ganze durch sie mit dem hohen Ethos des freien Menschen erfüllt. Dr. Gustav Hoffmann.

Das Buch der Zukunft

Meher und mehr nähert sich unser Zeitalter der vollkommeneren Metallisierung. Das Buch der Zukunft wird nicht „aufgeschlagen“, sondern durchleuchtet. Um es zu lesen, verbindet man es durch einen Steckkontakt mit der landesüblichen Spannung. Jede Seite leuchtet für sich allein auf, wenn sie angeschloffen ist. Es wird ohne viel Schwierigkeiten möglich sein, Bücher zu lesen, die man überhaupt nicht in Händen hat, indem man mit einem Selenzylinder die Regale entlang tastet und in jedes Buch einen „Fern-Einblick“ nimmt. Aus einem einzigen Lesebuch kann eine ganze Kasse lesen, da muß der Bekehr nur das Buch einschalten und jedes Kind hat neben sich einen Kontakt und vor sich eine schöne Aluminiumkupperplatte — ein Druck und die Seite, die eingeschaltet ist, erscheint auf dem Vult des Selenzyl. Eine Bibliothek verleiht ein und dasselbe Buch an zehntausend Leser für einen geringen Preis, jeder Leser liest, wann er will, die einzelnen Aufnahmen übertragen sich nicht, da jeder auf einer anderen Welle liest und natürlich die Selektivität eine ausgezeichnete sein wird. Der letzte Dorfbewohner kann die schönsten Bücher in Berlin lesen, dazu muß weder er nach Berlin reisen noch die Post für 60 s bemüht werden, das kostbare Buch ins Dorf zu senden; der deutsche Fernlesekretel besorgt das für wenige Pfennige. Alle Bücherfächer der Welt können zu bestimmten Zeiten von bestimmten Werten „gelesen“ werden. Die lächerliche Überproduktion an Büchern, die heute stattfindet und die das Grab der Wälder ist, wird ein Ende haben. E. R.

Sportkanonen

Wenn man uns aufforderte, für eine Parade des Stahlhelms eine Marsch-Eintritt zu zahlen, würden wir das entriest ablehnen. Mit Unrecht. Denn wir bezahlen ja auch freudig 2 oder 3 A. um einer Veranstaltung des bürgerlichen Sports beizuhängen zu dürfen. Die Stahlhelmer machen ihre Parade jährlich aus Idealismus. Die Helmen des bürgerlichen Sports, die wir bewundern, lassen sich aber bezahlen. Bleibt den Sportveranstaltungen der bürgerlichen Vereine fern und gibt unseren Feinden nicht noch bares Geld. Wir Arbeiter haben es nicht nötig, die Sportbewegung des Kapitals zu unterstützen. Wir haben im Arbeiter-Turn- und Sportbund die Organisation der Klassenbewussten Arbeiterchaft. Hier brauchen wir uns nicht unter jauer verdientes Geld zur Bezahung sogenannter Kanonen aus der Tasche ziehen zu lassen. Das Ziel des Arbeiter-Turn- und Sportbundes ist: Körper und Geist für den Kampf der Arbeiterklasse zu stärken. Dem Volke gilt, wenn wir zu spielen scheinen! Ernst Schichting.

Das Behälterproblem

Ich habe bereits 1919 den schweizerischen Bundesbahnen den Behälterentwurf zur Beschleunigung des Bahnbetriebs vorgelegt. Der Behälter ist ein Aluminiumgefäß, für jede Positionierung von richtiger abgepaßter Größe, in das die Räder und Räder um, während der Fahrt hineinjortiert werden. In der Station wird der Behälter mit einem Kran oder auf kleinen Querschienen ausgeladen und der Gegenbehälter eingeladen. Dessen Inhalt wird auf die vor-handenen Behälter verteilt. Dadurch fahrt man die sogenannten Postenfahnen ab, außerdem wird das Material anständig behandelt, nicht so wie heute meist siebenmal geworfen und in allen Hauptstationen zu Bergen aufgetürmt. Der Behälter kann durchsichtig gelassen oder leuchtend ausgelassen werden. — Nun hat der Reichsbund Preise ausgesetzt für die besten Entwürfe für Behälter, und zwar vom Standpunkt des internationalen Verkehrs aus. Adresse: Internationale Handelskammer, Paris 28, Cours Albert 28, 2. Etage. „Behälter-Wettbewerb“ hinzufügen. Dr. R. R.

Und wie? — gucken in den Mond

Nun haben wir Mondschlein im Kalender. Sellen, schönen Mondschlein. Ich sehe gern am Gartengrün und guck' in den Mond. — Das habe ich als Junge schon gern getan. — Meine Mutter sagte dann immer: „Tue das nicht, mein Junge, du wirst mondsüchtig.“ — — —



Verbandsleben



Etwas über „Bürokratie“

Die Mitgliedschaft verlangt mit Recht, daß ihre Kassengeschäfte in bester Ordnung geführt werden. Eine ganze Gemeinschaft wird bloßgestellt, wenn in ihrer Kassenerhaltung Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind, und das Vertrauen zur guten Sache geht dadurch in die Brüche. Leider verlangen jedoch viele Mitglieder, daß der Kassierer es bei ihnen mit den Bestimmungen des Statuts nicht so genau nehmen, einmal eine Ausnahme machen soll.

Man verlangt Auszahlungen, ohne die Bescheinigungen vorzulegen. Festbeträge von Unterführungen sollen aufgeführt oder dafür Beiträge berechnet werden. Keiner denkt dabei an die fehlende Quittung. Vielfach soll der Kassierer an Funktionäre oder an fremde Personen Beträge aushändigen, die für Bekannte oder Verwandte bestimmt sind. Auch soll er Beitragsmarken verschiden, wofür man den Geldbetrag anstatt direkt, erst „später“ emfenden will. Daß durch das Fehlen solcher Beträge für vorausgabte Beitragsmarken die Kasse oft tage- oder wochenlang „nicht in Ordnung“ sein kann, wird ganz einfach übergangen.

Seht ein Kassierer wegen der dann zunehmenden Unordnung die Ausnahmen ab, macht er sich unbeliebt und wird als „Bürokrat“ verschrien. Ordnung verlangt man in seiner Geschäftsführung wohl von ihm, aber die hohen Mitglieder erlauben sich oft etwas ganz anderes. Nur „großartig“ soll man verfahren! Da aber die Handhabung dieses beherrschbaren Begriffes den Kassierer auf die abschüssige Bahn bringt, muß er es vorziehen, lieber als „Bürokrat“ zu gelten, als sich beliebt zu machen.

Wer Kassengeschäfte zu führen hat, schiebt dauernd auf ein „immer wachsameres Wistrauen“ des Publikums. Es ist meist ein summes, aber fühlbares Zweifel an der Lauterkeit des Kassierers, was seine Nerven zermürbt. Die Ursache des Wistrauens liegt wohl in der meist vorherrschenden Unkenntnis statutarischer Bestimmungen. Hierdurch entsteht die Verführung, bei einer Auszahlung zu kurz zu kommen. Weil die Bestimmungen oft durchaus nicht einfach sind, ist es vielfach unmöglich, bei knapper Zeit mit wenigen Worten Verständnis für die Bestimmungen zu erreichen. Es fallen dann herabsehbende Bemerkungen über unsere Organisations-einrichtungen, und Auseinandersetzungen sind die Folge.

Dieser leidige Zustand zwingt nun wiederum den Kassierer, sich von den Geldempfangern Sicherheiten dafür zu verschaffen, daß das vorausgabte Geld auch in die richtigen Hände gelangt. Wenn durch eine Irreführung eine Auszahlung an den Unberechtigten erfolgt ist, dann muß der Kassierer den gleichen Betrag aus seiner Tasche herauszahlen. Deshalb kann er es nicht darauf ankommen lassen, mit seinem Vertrauen Reisefälle zu erleben, sondern er muß vorbeugen und Auszahlungen möglichst auszuschalten versuchen. Man kennt ja die Fälle, wie sie im letzten Jahr bei den Kassierern viel geüblicher, als im vorigen Jahr, vorkamen. Eine alte Bekannte lernt man da oftmals von einer anderen Seite als weniger treue Gesellen kennen. Wenn man nun aber dem Kassierer fast grundsätzlich mißtraut, kann man von ihm nicht verlangen, daß er nach der Gegenseite vertrauensfertig ist.

An einem besonderen Sachverhalt soll hier einmal Haargelegt werden, daß in Kassengeschäften peinliche Gewissenhaftigkeit, die meist als Bürokratie amtiert, nicht nur für den Kassierer, sondern auch für Mitbestimmte durchaus geboten ist. Auf dem Verbandshaupttag in Wien wurde ein Vorfall berichtet, der die Wichtigkeit dieses Problems sehr deutlich und beispielhaft zum Beweise brachte. Ein Kassierer, der beim Tode eines Mannes kein Sterbegeld vom Verband erhalten habe, darauf wurde beim Vorstand der Betrag von 50 Schilling der Unterjährigkeit zurückgefordert. Der Fall lag über zwei Jahre zurück. Auf dem Weg war nun als direkter Empfänger der Name eines andern, eines alten bekanten Mitgliedes verzeichnet. Die Unterjährigkeit lautete: Sch. für Frau M. Also wiederum die alte Häufte einer fremden Abhebung, der man sich besonders bei Sterbegeldauszahlungen kaum entziehen kann.

Dem Kollegen Sch. wurde nun seine Quittung vorgelegt und die Aussage der Frau M. entgegengehalten. Sch. behauptete demgegenüber, daß er den Betrag abgeliefert habe. Wogegen dafür konnte er aber leider nicht mehr bezeugen. Es stand also hier Behauptung gegen Behauptung. Obwohl dem Kollegen Sch. nichts Unrechtlches nachgesagt werden konnte, fiel der Verband der Unterjährigkeit doch auf ihn. Dieser erklärte darauf, daß er auf keinen Fall als Betrüger seiner Mitmenschen gelten wolle. Wenn es ihm nicht gelänge, den Fall aufzuklären, würde er selbst Hand an sich legen.

Nun wurde auf der Geschäftsstelle nachgesehen, ob etwa noch eine Vollmacht oder irgend etwas über den Fall vorhanden sei. Zum Glück wurde noch eine Unterjährigkeitsurkunde gefunden, die damals der Kassierer dem Kollegen Sch. zur eigenhändigen Unterzeichnung für Frau M. übergeben hatte. Frau M. hatte nun noch die Vermutung ausgesprochen, daß eine bestimmte Verwandte das Sterbegeld in ihrer Absicht an sich genommen haben könnte. Es konnte also noch eine Forderung der Unterjährigkeit vorliegen. Deshalb wurde von Frau M. eine Schriftprobe ihres Namens eingeholt. Und siehe da, es war genau der gleiche Schriftzug wie der auf der Unterjährigkeitsurkunde. Frau M. war also der tüchtige Empfänger des Sterbegeldes übergeben, aber nur durch ihre eigenhändige Unterzeichnung. Wäre eine solche Quittung nicht vorhanden gewesen, hätte der Verband des Betrags an dem Kollegen Sch. halten. Der Fall hätte leicht einen dramatischen Ausgang nehmen können.

Wie können solche falschen Behauptungen entstehen? Bei Frau M. hatte sich offenbar in der natürlichen Verwirrung durch den Todesfall, wo oftmals Gelder von mehreren Klassen ausbezahlt werden, nachträglich die fixe Idee gebildet, vom Verband noch keine Sterbegeldauszahlung bekommen zu haben. Die Erinnerung an die letztmalig erfolgte Auszahlung war ihr völlig erloschen. Schließlich wurde der Irrtum aber auch durch das Verhalten der Unterjährigen in die Wohnung durch einen Verwalter. Wäre Frau M. persönlich zur Abhebung des Sterbegeldes nach der Geschäftsstelle gegangen, hätte ihre ickentliche Behauptung unmöglich aufkommen können. Der Vorstand der Unterjährigkeit ist leistungsfähig, wenn der Kassierer bei Auszahlungen auf Originalunterzeichnungen besteht. Der Kollege Sch. hätte nie von einer falschen Schuld befreit auf. Er konnte dem Kassierer nicht genug danken, daß er durch die „Bürokratie“ verlangte Rückgabe einer Originalquittung seinen ehelichen Namen gerettet und seine Familie vor einem finanziellen Ruin bewahrt. Der Fall sollte ihm eine ernste Lehre sein. Niemand sollte er für andere nicht Selbstgeschick übernehmen.

Wenn auch ein solches Vorwissen mit selten ausfällt, so kann man doch ein Kassierer auch nicht in Vertrauen auf gut Glück die notwendige Sorgfalt außer acht lassen. Selbst auf alle Bekannte kann bei einer Auszahlung geachtet werden; denn in Geldsachen hat bekanntlich die Gewissenhaftigkeit auf Nicht möglichem und gutmütig, sondern korrekter Maß der Kassierer sein. Andererseits ergibt sich daraus die wichtige Bedeutung, daß die Kassierer die Organisation der Kassengeschäfte zu handhaben.

Zustellung in München

Da einer wichtigen Feier hatte am 6. Juli die Ordensverleihung von Reichsministerpräsident Brüning an die 15 Kollegen zu ehren, die eine langjährige Mitgliedschaft hinter sich haben. Kollege Hebel begrüßte die Anwesenden sowie die Jubilare. Kollege Meißner überbrachte die Glückwünsche des Verbandes und der Verbandsleitung und hob besonders die lange Tätigkeit der Kassierergasse mit ihren nahezu 800 Mitgliedern hervor. Es folgten verschiedene Dankesworte für die Kassierergasse der Verwaltung, wobei besonders die Jugend ausgespart wurde. Die Feier wurde noch beschleunigt durch die geselligen Darbietungen der Arbeiter-Gesangsvereine.

Zum Verbandstag

Erweiterung der Invalidenunterstützung

Dem diesjährigen Verbandstag liegen eine Menge Anträge vor, die alle auf Änderung der jetzt geltenden Bestimmungen für die Invalidenunterstützung in unserem Verbands gerichtete sind. Aus der Fülle des Materials seien einige herausgenommen, die eine grundlegende Erweiterung dieses Unterstützungszweiges fördern wollen. Es handelt sich bei diesen Anträgen erstens um Leistungen an solche Kollegen, die das 80. Lebensjahr vollendet und keine Arbeit haben, und zweitens um Bezüge der Hinterbliebenen der anspruchsberechtigten verstorbenen Verbandsmitglieder.

Dem ersteren Zwecke dienen die Anträge Emmerich und Wienburg a. Saale. Sie fordern, daß dem § 12 Abs. 2 unserer Verbandsstatute die Worte: „Sechzig Jahre alt ist und keine Arbeit mehr erhält“, angefügt werden.

Die Herabsetzung der Altersgrenze von 65 auf 60 Jahre für den Bezug der staatlichen Invalidenrente ist in den letzten Jahren schon vielfach — leider ohne Erfolg — gefordert worden. Das gilt auch im Hinblick auf die für die Invalidisierung bisher noch maßgebende Mindernd der Erwerbsbeschränkung um 66% u. S. W. Denn es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß unter den heutigen Verhältnissen der Arbeiter in der Industrie, wenn er die Sechzig auf dem Rücken hat, nicht wieder unterkommt. Ist es doch soweit gekommen, daß in der Großindustrie der Mann schon mit 40 oder 45 Jahren als „verbraucht“ angesehen und zum alten Eisen geworfen wird. Aus diesen Gründen wäre es sehr wohl angebracht, wenn der DMB im Sinne der Anträge Emmerich und Wienburg/Saale dahingehend vorgehen und den alten arbeitslosen Mitgliedern — wenn auch nur unter bestimmten Voraussetzungen — ein Sicherheit zum Lebensunterhalt beibrachte. Dem Ansehen und der Wirksamkeit des Verbandes würde es bestimmt nicht abträglich sein.

Um eine zu starke geldliche Belastung zu vermeiden, wären diese Leistungen unseres Verbandes von der Erfüllung bestimmter Vorbedingungen abhängig zu machen. Das zu unterstützende Mitglied hätte zumindest eine ununterbrochene 15- bis 20jährige Verbandzugehörigkeit nachzuweisen. Jedoch müßten Kriegsdienstzeiten als Ersatzzeiten für die Beitragsleistung bewertet werden, weil ja das Mitglied während der Dauer dieser Zeiten an der Erfüllung der ihm gegenüber dem Verbands obliegenden Verpflichtungen durch außerhalb seines Willens liegende Verhältnisse verhindert war. Das gleiche hätte zu gelten für die in Gefangenenschaft gewesenem Verbandsmitgliedern. Als weitere Voraussetzung für den Leistungsanspruch der sechzigjährigen Kollegen läme in Betracht die Erfüllung des Anspruchs auf Arbeitslosen- und Krisenunterstützung. Der § 12 Abs. 2 unserer Satzung wäre demnach in etwa folgender Form zu ergänzen:

Invalidenunterstützung können auch Mitglieder beziehen, die das sechzigste Lebensjahr vollendet haben und deren Anspruch auf Arbeitslosen- und Krisenunterstützung erschöpft ist. Die Unterstützung wird für die weitere Dauer der Arbeitslosigkeit gewährt. Erst das Mitglied wieder in eine berufstätige Tätigkeit eintritt, so fällt die Unterstützung mit dem Tage des Eintritts fort. Eine Beschäftigung, die über eine gelegentliche Anstöße nicht hinausgeht, bleibt außer Betracht. Voraussetzung für den Bezug der Unterstützung ist eine Beitragsleistung von ... Vollbeiträgen.

Erfolgslos ist auch die Ausdehnung der Invalidenunterstützung auf die Angehörigen verstorbenen Verbandsmitglieder. Zwar erhalten die Witwe und die Waisen eines Verstorbenen Anteile nach der DMB, doch sind diese Beträge, gemessen an den heutigen Verhältnissen, sehr bescheiden. Waisenkinder wird bezahlt bis zur Vollendung des 15. Lebensjahres oder bis zur Beendigung der Schul- oder Berufsausbildung. Hinterbliebenen erhalten Witwenrente die Ehefrau nur nach Vollendung des 65. Lebensjahres, es sei denn, daß sie dauernd oder vorübergehend inwaid im Sinne des Gesetzes ist. Aus diesen Gründen ist die Forderung, den Angehörigen verstorbenen Verbandsmitglieder, die einen Leistungsanspruch erworben hätten, eine laufende Unterstützung zu gewähren, wohl berechtigt. In diesem Sinne sind auch die Anträge Judva, Vogel-München, Stegung und St. Ingbert gefaßt.

Besonders wichtig erscheint mir folgende Forderung: Der jeweilige Unterstützungssatz des verstorbenen anspruchsberechtigten Mitgliedes wird gestoppt an die Hinterbliebenen bezahlt. Der Witwe wären bis zu ihrem Tode oder ihrer Wiederverheiratung 50 Schilling zu gewähren. Dieser Satz erhöhte sich nach der Anzahl der vorhandenen Kinder um je 10 Schilling, jedoch bei fünf Kindern der volle, dem verstorbenen Mitglied zugewandene Unterstützungssatz erreicht würde. Diese Kinderbetrießen wären bis zur Vollendung des 15. Lebensjahres oder bis zur Beendigung der Schul- oder Berufsausbildung der Kinder zu gewähren.

Wenn diese Regelung auch eine Mehrausgabe bringt, so darf es dennoch kein unüberwindliches Hindernis bedeuten. Es ist eine Anwartschaft gegenüber den Hinterbliebenen langjähriger Verbandsmitglieder, daß die Organisation das Andenken an die Verstorbenen in dieser Weise zum Ausdruck bringt. Ebbinghaus.

Franz Domes tot

Am 14. Juli wurde in Wien der Vorsitzende des Österreichischen Metallarbeiter-Verbandes, Franz Domes, an Grabe getragen. Mit unzähligen Freunden und Genossen fand die Eiserne Internationale trauernd am Sarge. Wie sehr sie von dem Verlust betroffen wird, hat Kamerad Sig an der Bahre ausgedrückt. Mit Sig waren von unserer Internationale die Kollegen: Brandes, Köbler, Helms, Baugatz, Krupa, Schmarzella und andere erschienen. Der Verstorbene war keineswegs nur Verbandsobmann, sondern er gehörte auch dem Parlament, der Gewerkschaftskommission, der Arbeiterkammer, der Leitung der Eiserne Internationale und noch mancher anderen Körperschaft an. Ein Mann, der mit bereit viel Arbeit und Würde belastet ist, muß sich vorzeitig aufreiben. Seit Jahren schon, wenn Domes zu uns nach Deutschland kam, mußten wir beobachten sein schnelles Altern feststellen. Aber der Geist war so lebendig wie immer, der Humor gleichfalls, und dies mag ihn darüber hinwegsetzt haben, daß er sehr dringend des Ansehens, der völligen Ruhe bedürfte. Ein Mann, der von früherster Jugend an ohne jede Unterbrechung im Geschäft ist, läßt sich jedoch schwer überzeugen, daß jetzt junge Kräfte an seine Stelle gestellt werden müssen. Aus Erben hat Domes jedenfalls nicht gedacht. Er dachte sich noch für den internationalen Gewerkschaftskongress in Stockholm bereit. Die Vorbereitung wurde unterbrochen durch eine Augenentzündung, die eine Überführung ins Krankenhaus unerkennbar machte. Hier verlagte das Herz bald den Dienst. Am 11. Juli hatte es für immer zu schweigen auf.

Franz Domes, der Schlossergeselle, gehörte von früherster Jugend der Arbeiterbewegung an. Er kam mit ihr in Berührung, als er im Arsenal in Wien schaffte. 1890 betrieb er die Vereinigung der Metallarbeiter-Gewerkschaften Niederösterreichs, zwei Jahre später beantragte er mit anderen die Vereinigung der Landesverbände von ganz Österreich an einem Verband. Nach der Verabschiedung im Arsenal kam er als Anseher in das Büro des Verbandes. Hier wirkte er 1895 zum Bezirksleiter und 1918 zum Vorsitzenden auf. Als das Haupt des Verbandes erschien er oft im Ausland, besonders in Deutschland. In uns ist er immer gerne gegangen. Er

schloß ja zu uns. Seine vielen Freunde begrüßten ihn wie einen Bruder. Ihre Sorgen waren seine Sorgen, und umgekehrt. Immer wurde gescherzt und gelacht, wenn Domes erschien. Sein gütiger Humor öffnete die Herzen und seine Unterhaltung hielt den Kreis lange zusammen. In der Eiserne Internationale sah er zu den führenden Leuten. Die Zusammenfassung der mitteleuropäischen Gütenarbeiter und die Schaffung von Hilfs- und Kampfeinrichtungen für diese arg. gedrückte Arbeitergruppe war eines seiner letzten großen Werke.

Was sterblich ist an Franz Domes ist den Flammen übergeben worden. Mit seiner Familie und den österreichischen Genossen beklagen wir deutsche Metallarbeiter aufs tiefste den Verlust des lieben Freundes und treuen Kameraden. In der Eiserne Internationale steht Domes' Name bei jeder Aktion und Bestrebung, in der österreichischen Arbeiterbewegung noch öfter. Er wird darum unerbittlich sein und sein Andenken in höchsten Ehren bleiben.

Paul Hanske †

Paul Hanske, der dem Deutschen Metallarbeiter-Verband 34 Jahre angehörte und 30 Jahre Parteigenosse war, ist nicht mehr unter den Lebenden. 10 Jahre bekleidete er das Amt des Bevollmächtigten der Verwaltungstelle Breslau. Lange Jahre war er Brandenleiter der Bauhofsler und Vertrauensmann. Die Arbeiterseite beim Arbeitsgericht wählte ihn im Arbeitsauschuss zu ihrem Vorsitzenden. Er war Mitglied unserer Verbands und wiederholt auf den Verbandstagen. Paul Hanske hat seinen Kassengenosse treu gebietet bis zu seinem Tode. Dies ist buchstäbliche Wahrheit.

Paul Hanske war ein äußerst bescheidener, ehrlicher und fleißiger Mensch. Keine Arbeit war ihm zuviel. Oft hat er bis in die Mitternachtstunden hinein in seinem Arbeitszimmer gesessen, um notwendige Arbeiten zu erledigen. Er war ein Mann von eisernem Fleiß und enger Pflichterfüllung. Bei seiner Bescheidenheit und Verträglichkeit hat er wohl kaum einen persönlichen Feind gehabt. Das will bei der heutigen politischen Verflüchtung und Verhöhnung, die in der Arbeiterbewegung besteht, schon etwas heißen.

Paul Hanske ist in Breslau geboren und in Freiburg in Baden im Jahre 1898 dem Verband beigetreten. Bis zu seinem 45. Lebensjahr kostete er die Leiden des armen Proleten bis zur Reize, blieb vor Maßregelungen durch Unternehmer nicht verschont.

Auch in den letzten 10 Jahren seines Lebens blieb er als Angestellter des Verbandes ein einfacher Arbeiter, und er wollte nichts anderes sein. Wir stehen schmerzbewegt an seiner Bahre und legen einen schlichten Kranz der Dankbarkeit auf sein Grab. Die Arbeiter werden ihn stets im guten Andenken behalten. S. B.

Allgemeine Kranken- und Sterbefasse der Metallarbeiter und anderer gewerblicher Arbeiter (V. a. G.) Hamburg, Rothenbaumchauffee 20.

Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse im Monat Juni 1930

Krankentasse:	
Einnahmen	70 607,16 M
Ausgaben	37 628,80
Mehreinnahmen	32 978,36 M
Kassenbestand am 1. Juni 1930	1 550 628,82
30. Juni 1930	1 583 607,18 M
Sterbefasse:	
Einnahmen	27 268,49 M
Ausgaben	24 452,25
Mehreinnahmen	2 811,24 M
Kassenbestand am 1. Juni 1930	1 520 360,40
30. Juni 1930	1 528 171,64 M

Kollegen aller Berufel Schützt euch und eure Familie im Krankheitsfall vor Hunger und Not und tretet in die Metallarbeiterkranken- und Sterbefasse ein. Folgt nicht den Lockungen der Agenten der bürgerlichen Versicherungen, wo ihr nur zu zahlen, aber nichts zu haben habt. Bewahrt euch vor Schaden dadurch, daß ihr euch nur bei einem eigenen Unternehmen versichert. Im Jahre 1930 von Arbeitern gegründet, besitzt die Kasse heute über 1000 Verwaltungskassen, die sich über das ganze Deutsche Reich erstrecken. Der Beitritt kann bei den örtlichen Verwaltungstellen jederzeit erfolgen oder man wende sich an die Hauptverwaltung: Allgemeine Kranken- und Sterbefasse der Metallarbeiter und anderer gewerblicher Arbeiter (V. a. G.), Hamburg 13, Rothenbaumchauffee 20.

Hamburg, im Juli 1930. Der Vorstand.

Mitteilungen des Vorstandes

Telegraphenadresse: Metallvorstand Stuttgart
Telephon-Nummern G.-A. 62841, 62842, 62843

Mit Sonntag dem 27. Juli ist der 31. Wochenbeitrag für die Zeit vom 27. Juli bis 2. August 1930 fällig.

Anfang August wird der Sitz des Verbandes nach Berlin verlegt.
Aus diesem Grund sind alle Zuschriften an den Vorstand des DMB, die Verlagsgesellschaft des DMB, die Firma Schmid & Co., den Unterjährigkeitsverein des DMB vom 1. August an nach Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148/155 zu richten. Das Gleiche gilt für persönliche Schreiben an die Vorstandsmitglieder und die Beamten im Hauptbüro.

Gefordert werden:
Mitgliedsbuch Nr. 6742813, lautend auf den Schlosser Franz Degenhardt, geb. am 2. August 1911 in Hofgeismar (Kassel).
Mitgliedsbuch Nr. 6262386, lautend auf den Schlosser Erich Schmidt, geb. am 9. Dezember 1892 zu Steglitz (Lindenwald).
Stuttgart, Rötestraße 16. Der Vorstandsvorsitz.

Zur Beachtung! • Bezug ist fernzuhalten:

von Carosierarbeitern aller Branchen nach Basel St.;
von Metallarbeitern aller Branchen nach Hettstedt-Eisleben
von Metallarbeitern nach St. Louis in Ober-Schwarz (Sa. Grönitz, Aluminiumfabrik) D.
von Silberarbeitern nach Burgdorf i. Hann. N. u. St.
L. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streit in Sicht;
St. = Streit; M. = Maßregelung; Mi. = Mißstände; A. = Ausfertigung.
Anträge auf Verhängung von Sverren müssen von den Ortsverwaltungen über die Bezirksleitungen an den Vorstand eingereicht werden und ausdrücklich begründet sein.
Arbeitsfindende Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der betreffende Ort nicht in der Zeitung gelistet ist, Erkundigung bei der zuständigen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzuholen. Das Schriftstück ist von der Verwaltung, der das Mitglied zurzeit angehört, zum Ausweis der Mitgliedschaft als Empfang zu lassen.

Der internationale Gewerkschaftskongress

Abgehalten vom 7. bis 11. Juli in Stockholm

Von den Gastgebern des Kongresses

F. K. Schon beim Betreten des schwedischen Bodens in Treleburg bekommt man den Eindruck, daß man in einem wohlhabenden Lande ist. Der Eindruck verstärkt sich in dem Maße, als man mit den Menschen und ihren Verhältnissen in Beziehung kommt: wohlgepflegte Fluren und saubere Bauernhäuser allenthalben, an den Bergabhängen wie in den Tälern leichte Wochenendhäuser mit Antennen und in den unzähligen Meereshüften schaukeln allerorts Motor- oder Ruderboote. Der Wochenendhäuser wie der Boote sind zu viele, als daß sie nur den bürgerlichen Schichten gehörten könnten. Sicherlich erfreuen sich auch sehr viele Lohnarbeiter dieser Annehmlichkeiten. Das günstige Bild von den Dingen wird bekräftigt durch die Menschen. Und nicht bloß durch ihr Aussehen oder ihre Kleidung, sondern vor allem auch durch ihre erstaunliche Ruhe: die Schweden lassen sich Zeit, viel Zeit zum Leben und Genießen. Mit Verwunderung nimmt der Deutsche wahr, daß es tatsächlich noch ein ganzes Volk gibt, das noch nicht von der tollen Hege des Zeitalters der Rationalisierung erfasst ist. Hier nimmt man sich noch Zeit zum Vergnügen und Essen und zur Gastfreundschaft. Niemand denkt daran, den andern anzutreiben, weder in der Bahn noch im Gasthaus oder sonstwo. Man nimmt das Leben gemütlich, man überlegt, überhastet es nicht, sondern sucht ihm in jedem Stadium oder jeder Einzelheit möglichst viel abzugewinnen. Warum immer hasten anstatt zu verweilen, einzuhalten, um sich und die Welt um sich zu betrachten und zu erfreuen?

Es mag sein, daß dies alles den Schweden selbst keineswegs herkömmlich vorkommt, wie hier geschildert. Allein, alles ist nur ein Gleichnis. Der deutsche Besucher, der ganz naturgemäß mit seinen eignen heimischen Zuständen oder Gemüthsheiten die Schweden misst, kann zu keinem andern Schlusse kommen.

Zu diesem für Schweden günstigen Schlusse kommt man auch, wenn man den Wohlstand der Arbeiterschaft vergleicht. Daß der schwedische Arbeiter sich einer bedeutend besseren Bezahlung erfreut als beispielsweise sein deutscher Kollege, zeigt ein Blick in die internationale Lohnstatistik, auf der Schweden mit zu oberst steht. Was diese Statistik anzeigt, wird schon durch die Betrachtung der Arbeiterverhältnisse und Arbeiterkleidung erhärtet. Anstatt hierfür zahlenmäßige Beweise zu häufen, sei ein Erlebnis angeführt:

Bei der Eröffnungsfeier des internationalen Gewerkschaftskongresses wirkten drei Arbeiterergangsvereine mit. Diese proletarischen Sänger waren alle in schwarzem Frack oder Smoking, weißer Binde und Lackstiefeln gerandet. Das darob verschiedenen schwedischen Gewerkschaftern ausgedrückte Erstaunen wurde offensichtlich nicht recht verstanden. Woraus zu schließen ist, daß in Schweden Frack oder Smoking auch für den gewöhnlichen Arbeiter nichts Außergewöhnliches ist.

Dies Wohlstandsbild wird vervollständigt durch eine nicht alltägliche Gastfreundschaft. Die Kongreßbesucher sind mit mehr Aufmerksamkeit und Gastlichkeit bedacht worden, als manchem lieb gewesen sein mag. Von der Stunde der Ankunft in Stockholm an sind die fremden Gäste wie liebe Brüder behandelt worden, für die kein Dienst zu viel ist. Und alles geschah mit Takt und einer Freundlichkeit, die keine Abweisung zuläßt. Nur eine Arbeiterin, die selbst wohlgestellt und der die Gastfreundschaft angehört ist, kann fremden Genossen dermaßen viel Zeit und Gaben darbringen.

Die schwedische Arbeiterschaft hat freilich der in andern Ländern das ungeheure Glück voraus, den Krieg nicht als unmittelbarer Beteiligter, sondern nur mehr als Zuschauer erlebt zu haben. Von den unzähligen Milliarden, die die kriegsführenden Staaten für den gegenseitigen Massenmord vergeuden, ist ein unerklärlicher Teil nach Schweden geflossen. Der Goldstrom hat es allgemein befruchtet und seinen Geschäftsgang belebt. Außerdem ist Schweden von der Natur mit Rohstoffen gesegnet, die allgemein begehrt sind und immer begehrter werden. Mit vorzüglichem Erz und Holz ist Schweden überreichlich versehen, und mit einer Landwirtschaft, die die eigne Bevölkerung mit wohlfeiler Nahrung beliefert und noch beträchtliche Mengen landwirtschaftlicher Produkte ausführt.

Nun sind zwar auch andere Länder von der Natur reichlich ausgestattet, ohne daß davon ihre Arbeiterschaft profitiert. Der außerordentlich hohe Lebensstandard der schwedischen Arbeiterschaft ist ihr nicht von ungefähr gekommen, sondern in zähen Kämpfen errungen worden. Wenn die schwedische Arbeiterschaft sich eines des allerhöchsten Lohnes in Europa erfreut, wenn ihr überdurchschnittlich viel Luft, Licht, Freiheit und Freizeit zuteil wird, wenn sie auch von den Annehmlichkeiten des Lebens genießt, die anderwärts noch fast ausschließlich das Vorrecht der bürgerlichen Schichten bilden, so ist das vor allem der Gewerkschaftsbewegung zu verdanken.

Daß die schwedischen Arbeiter verhältnismäßig gut gewerkschaftlich organisiert sind, ist genugam bekannt. Der Metallarbeiterverband Schwedens, der 101 000 Mitglieder zählt, birgt, wie nach Beruf oder Gegend, 85 bis 90 % der Berufscollegen. In anderen Gewerben steht es ebenso. Die Folge ist eine Bezahlung, die über dem westeuropäischen Durchschnitt steht. Der Achtstundentag ist allgemeine Selbstverständlichkeit. Wenn man den Nutzen einer guten gewerkschaftlichen Organisation einwandvoll darzulegen will, sollte man Schweden als Beispiel nehmen. Denn hier offenbart er sich besonders augenscheinlich an der körperlichen und geistigen Beschaffenheit der Arbeiter wie in der Art ihres häuslichen Lebens und des gesellschaftlichen Wohlstandes. Daß eine derart gut organisierte und sozialistisch erzogene Arbeiterschaft ihre Ehre dureinsetzt, die Vertreter der gewerkschaftlichen Internationalen außerst liebevoll zu empfangen, bedarf keiner Erwähnung. Der erste Tag des internationalen Gewerkschaftskongresses, der 7. Juli, wurde fast ganz ausgefüllt von der Feier, die die schwedischen Gewerkschaften zu Ehren ihrer Gäste veranstaltet hatten. Die Rede des Vorsitzenden des Internationalen Gewerkschaftsbundes, des französischen Gewerkschafters Léon Jouhaux, ward unrahmt von Gesangs- und Musikvorträgen. Im Anschluß an die Eröffnungsfeier hatten die Gäste einen Dampferausflug veranstaltet, der der funktionsreichen Vertreterschaft willkommenen Gelegenheit gab, sich persönlich und menschlich näherzutreten.

Die Ansprachen der Gäste

Bei der Eröffnung des Kongresses war der größte Saal des Konzerthauses von Stockholm vollbesetzt und auf der Galerie saß Mann an Mann. Den Kern der Kongreßteilnehmer bildeten die 130 ordentlichen Vertreter der Landeszentralen, zu denen sich 37 Vertreter der internationalen Berufssekretariate gesellten und die 19 Gastdelegierten von befreundeten Organisationen und nicht-angeschlossenen Landesverbänden. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband war durch die Kollegen Georg Meißel und Heinrich Schlieffert vertreten. Zum ersten Male waren Vertreter aus Australien, Japan und Ägypten gekommen, die mit den beiden Indiern die vorberste Sitze des Kongresses ebenso farbenreich wie festlich machten.

Die Reden der Gastdelegierten nahmen fast den zweiten Kongreßtag in Anspruch. Nachdem der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas den Kongreß begrüßt, der Genosse Friedrich Adler von der Sozialistischen Internationalen die Zusammenarbeit der beiden Internationalen gefeiert hatte, erschien Ahmed Ismail von der Gewerkschaftsvereinerung Ägyptens am Rednerpult, um zunächst dem ISB den Dank für den Beistand abzustatten. Das erstmalige Erscheinen eines ägyptischen Vertreters auf dem Kongreß des ISB sei gewiß eine große Begebenheit. Die Industriearbeiterschaft Ägyptens, erst eine Million Köpfe stark, mehrte sich ständig, da auch dort die Industrialisierung durch Erschließung der Erdölquellen, Begung von Kabeln und Elektrifizierung durch ausländische Gesellschaften fruchtig eingeleitet habe. Die Zigarrenarbeiter hätten schon vor 25 Jahren einen Verein gegründet, der gewerkschaftliche Ausschüsse in dessen Hand in Ägypten erst nach Kriegsausbruch begonnen. Unter dem Vorwand, die Kommunikation zu bekämpfen, werden die Gewerkschaften unterdrückt. Die Reise der beiden Vertreter zum Kongreß sei unter dem gleichen Vorwand gefährdet worden. Die ägyptischen Landarbeiter müßten noch bis zu 14 Stunden täglich unter sengender Sonne schenken für einen Tagelohn von einem halben bis zu einem Schilling. An sozialpolitischen Einrichtungen seien noch nicht die Anfänge vorhanden. Die Gewerkschaft werde von der Regierung nicht anerkannt. Die fünfmillionenköpfige Arbeiterschaft Ägyptens erwarte Rat und Antrieb von der Gewerkschaftsinternationalen.



Ahmed Ismail, Ägypten

Der Vertreter des australischen Gewerkschaftsrates Crofts hat erst in Genf von dem Stattfinden des Kongresses erfahren, er sei daher mehr als Beobachter gekommen. Für seine Bewegung sei die Vereinigung der Arbeiterschaft Grundzack. Australien aber sei 10 000 Meilen von Europa entfernt, beide Erdteile könnten sich daher kaum gegenseitig beeinflussen oder helfen und jeder habe seine eignen Notwendigkeiten und Schwierigkeiten, die jeder für sich zu lösen habe. Australien sei ein junges Land, das sich erst national wie wirtschaftlich festigen müsse. England wie andere Länder wollten das Recht haben, Erwerbslose nach Australien zu senden. Deren Gewerkschaften sei jeder Arbeiter willkommen, sie müßten aber den Kapitalisten betreiben, durch billige schaffende Einwanderer den hohen Lebensstandard der australischen Arbeiterschaft zu gefährden. Der gleiche Umstand bestimmt uns, sagte der Redner am Schluß, für Schutzgölle einzutreten. Im Jahre 1927 hat unser Gewerkschaftskongreß beschlossen, uns solange von einer internationalen Verbindung frei zu halten, als zwei Internationalen bestehen. Wir müssen und wollen eine Verbindung mit Europa haben, aber wir sind uns hierüber noch nicht ganz klar.

Amara Rajab vom britisch-indischen Gewerkschaftsbund betont die Unerläßlichkeit des Zusammenwirkens mit den außerindischen Gewerkschaften, schon um das namenlose Elend der indischen Proletarier zu mindern. Das Washingtoner Abkommen, das allgemein vom Achtstundentag spricht, getatte für Indien eine unermesslich lange Arbeitszeit. Die Erstarbung der Gewerkschaftsbewegung Indiens werde schwer gehemmt durch einen linken, den sogenannten radikalen Flügel. Dieser mißliche Umstand habe zur Bildung einer neuen Organisation geführt, die geeignet sei, den Anschluß an den ISB zu erleichtern. Dessen Hilfe sei den indischen Arbeitern sehr zufluten gekommen. Die Gründung eines asiatischen Sekretariats durch den ISB sei sehr zu begrüßen.

Buntjichi Suzuki vom Japanischen Gewerkschaftsbund (Eodomei) freut sich, die Vertreter der Gewerkschaften der ganzen Welt von Genf zu Genf zu sehen. Die Gewerkschaftsbewegung Japans habe die letzten Jahre erfreuliche Fortschritte gemacht. Die erste Organisation sei erst 1911 von 15 Personen gegründet worden, worunter er, der Redner, selbst gewesen sei. Der Sieg der russischen Revolution habe einen ungeheuren Eindruck auf Japans Arbeiterschaft gemacht und ihre Organisation mächtig hochgetrieben. Freilich auch eine schlimme Konfusion in sie hineingetragen, die nun irgendwie überwunden werden müsse. Die Gewerkschaftsbewegung Japans ist dank der Verwirrung in mehrere Richtungen oder Bünde gespalten, doch ist meine Spitzenorganisation, die Eodomei, die stärkste, denn sie birgt 60 % der Organisierten. An der Zusammenarbeit mit der Gewerkschaftsbewegung des Westens ist uns viel gelegen. Japan bildet ja das natürliche Bindeglied zwischen Ost und West, anderseits ist die organisierte Arbeiterschaft Europas in erste Linie berufen, die Gefahr des Imperialismus zu brechen. Außerdem kann uns die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften des Westens nützlich sein bei unserm Streben nach einer höheren sozialen Ordnung.



Buntjichi Suzuki, Japan

James Roberts von der Arbeitervereinerung Neuseelands erklärt, daß er durch die Einladung zu diesem Kongreß Gelegenheit bekommen habe, die Arbeiterbewegung Europas zu studieren. Obwohl die neuseeländische Gewerkschaftsbewegung nicht wie die europäische ein Jahrhundert alt ist, birge sie gute Kämpfer und ihre Organisationer wählen zu den besten der Welt. Neuseeland bestehe wohl die vorzüglichsten Arbeitergesetzte. Dort ist

seit 36 Jahren das Schlichtungswesen

in Kraft. Da dies auch in Europa in Brauch oder im Begriff der Einführung sei, könne die Kenntnis der langen und vielseitigen Erfahrung der neuseeländischen Arbeiter nicht schaden. Ohne Zweifel hat das Schlichtungswesen, erklärt der Redner, anfänglich für schlechtorganisierte Gewerbe und weiche Berufe Gutes gestiftet.

Dies hat sich jedoch allmählich geändert. Neuerdings ist das Schlichtungswesen zu einer Waffe gegen die Arbeiterschaft ausgewachsen. Auf einer Konferenz der neuseeländischen Gewerkschaften wurden Vorteile und Nachteile des Schlichtungswesens gründlich gegeneinander abgemessen. Man ist nach einer eingehenden Betrachtung der 36jährigen Erfahrung zu dem Schluß gekommen, daß die Gewerkschaftsbewegung ohne Schlichtungswesen heute stärker und ihre wirtschaftlichen Erfolge größer wären. Die europäischen Arbeiter sind zu warnen, ihr Laß in die Hände von sogenannten unparteiischen Schlichtern oder Richtern zu legen. — Den neuseeländischen Gewerkschaften sind Einwanderer nicht unwillkommen, aber sie können nicht dulden, daß sie gegen die gewerkschaftlichen Organisationskräfte eingesetzt werden, zumal jetzt, wo durch Einführung von ganz modernen Maschinen der Klassenkampf schärfer gemacht worden ist als irgendwo anders. Wir haben zwar die 44stündige Arbeitswoche, aber die Ausbeutung der Arbeiter hat an Schärfe nicht nachgelassen. Wir fordern jetzt die 40stündige Woche für die Allgemeinheit der Arbeiterschaft und die 38stündige für den Bergbau als nächsten Schritt zur Lösung unserer wirtschaftlichen Schwierigkeit. Wir neuseeländischen Arbeiter müssen zusammenstehen mit unseren Genossen der andern Länder. Das werde ich meinen Mitgliedern bei meiner Rückkehr einschärfen.

Der Vertreter der jüdischen Gewerkschaftsorganisation Palästinas, Kabachow, schildert das Verhältnis zwischen den eingewanderten jüdischen Arbeitern, allemal vorher längst organisiert, und der in Palästina eingewanderten arabischen Bevölkerung. Zwar hätten die jüdischen Arbeiter den Achttundentag errungen, er sei aber nicht im Gesetz festgelegt. Die (arabischen) Grundbesitzer seien voller Mißbehagen über die Fortschritte der jüdischen Siebung und hätten gegen die jüdische Arbeiterschaft und ihr Werk den Heiligen Krieg erklärt. Der Sieg der Arbeiterpartei in England sei ein äußerst glückliches Ereignis für die jüdische Arbeiterschaft Palästinas, allein dieser Sieg, die Anwesenheit der englischen Arbeiterpartei in der Regierung habe leider noch keinen neuen Geist in Palästina gebracht.



Kabachow, der Vertreter der jüdischen Gewerkschaften in Palästina

Damit sind die Ansprachen der Gastdelegierten beendet. Es wird nun in die

Aussprache über die Tätigkeit des Vorstandes des ISB eingetreten. Der Generalsekretär Sassenbach gibt ein paar Erläuterungen zu dem gedruckten Tätigkeitsbericht. Dem Sekretär folgt Rupers (Holland). Er sagt, in dem Bericht stehe bezüglich des Verhältnisses zum Amerikanischen Gewerkschaftsbund geschrieben, dieser wolle der Internationale nicht beitreten, weil er befürchte, daß seine Selbstständigkeit beeinträchtigt werde. Diese Befürchtung sei doch hinfällig, wie das Statut des ISB ja leicht erkennen lasse. Der Redner hätte es daher lieber gesehen, wenn der Vorstand des ISB eine Konferenz mit den Amerikanern veranstaltet hätte, um deren Bedenken zu zerstreuen. Im weiteren umfasse die Aktion des ISB gegen den Krieg im Tätigkeitsbericht nur zwei Seiten von 225. Im Kampfe gegen den Krieg sei vom ISB in den letzten drei Jahren sehr wenig geschieden. Es sei nur eine Resolution gefaßt und dem Völkerbund überreicht worden. Das sei ganz ungenügend und müsse besser werden. Heute hätten Europa, Asien und Amerika mehr Soldaten als vor dem Krieg. Man könne dieser Aufrüstung und Kriegsgefahr nicht mit Resolutionen allein Herr werden.



Der englische Bergarbeitersekretär Cook

Rupers scheint, was durch Briefe nachgewiesen werden könne. Die Beziehungen der ISB-Vertreter in Genf zu anderen Gewerkschaftsorganisationen seien in einer Auszubestimmung behandelt worden und ließen sich nicht von dem Kongreß regeln. Die Arbeitergruppe in Genf sei sich ihrer Verantwortung bewußt und werde richtig zu entscheiden wissen.

Der dritte Verhandlungstag

beginnt mit der Beratung des Wirtschaftsprogramms. Da der Verfasser des (gedruckt vorliegenden) Entwurfs, der Genosse Leipart durch Krankheit am Erscheinen verhindert ist, gibt an seiner Statt Genosse Eggert (Deutschland) die mündliche Erläuterung: Die Richtlinien der wirtschaftlichen Tätigkeit der Gewerkschaften gliedern sich in einen internationalen und einen nationalen Teil. In dem einen wird verlangt, daß der Völkerbund mit einem Wirtschaftsamt ausgestattet werde, daß ferner die internationalen Kartelle und Trusts einer wirksamen Kontrolle unterstellt werden und ihre Geschäftsbeziehung der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird. Im weiteren solle dieses Wirtschaftsamt Schiedsgerichtsbarkeit über Zoll- und Handelskämpfe erhalten. Im großen und ganzen verfolgen die Richtlinien die Ausgleichung der wirtschaftlichen Verhältnisse. In nationaler Hinsicht wird unter Mitwirkung der Gewerkschaften gefordert: Vorbereitung und Durchführung der Nationalisierung, Förderung der Wirtschaft in Staat und Gemeinden und die Pflege der Wirtschaftsbetriebe der Arbeiterklasse, außerdem soll die Hebung des Lohnes gepflegt werden. Vor allem aber wird der Anspruch der Gewerkschaften auf Mitbestimmung in der Wirtschaftspolitik und Führung verlangt.

Für den Entwurf des sozialpolitischen Programms gibt Verkens (Belgien) die Erläuterung. Der Entwurf soll nur ein Beginn sein. Die Frage soll dem Vorstand des ISB zum weiteren Studium überwiesen werden, der dem nächsten Kongreß ballastreichere Vorschläge machen soll. Der Entwurf enthalte die 44stündige Arbeitswoche als Forderung. Unter diese Stundenzahl heute schon zu gehen, sei nicht ratsam in Anbetracht der Tatsache, daß die 48stündige Arbeitswoche, obwohl schon vor 10 Jahren im Washingtoner Abkommen gefordert, in vielen Ländern noch nicht einmal Gesetz sei. Von diesem Kongreß müsse die Lösung ausgehen, die 44stündige Arbeitswoche zu erkämpfen.

Da auch hierzu niemand das Wort wünscht, gibt Jouhaux die Erläuterung zu dem gedruckt vorliegenden Vortrag über den Kampf gegen Krieg und Rüstung. Es gibt heute, so sagt der Redner, zwei Arten von Friedenszustand, den bewaffneten Frieden und den

Der internationale Gewerkschaftskongress - Fortsetzung

wirklichen. Nach 11 Jahren Friedensvertrag haben wir immer noch keine Abrüstung. Der § 8 des Völkervertrages legt den Mächten die Verpflichtung auf, so wie Österreich und Deutschland abzurufen. Dies ist nicht erfüllt worden, wohl aber wird kräftig aufgerüstet. Was zu einer wachsenden Gefahr für den Weltfrieden führt und die Demokratie bedroht. Sagen die beiden Internationalen alle Kräfte mobil machen. Beide müssen mit Unterstützung der Berufsinternationalen und der gewerkschaftlichen Landeszentralen gegen die Herstellung und Einfuhr von Kriegswaffen vorgehen und die öffentliche Meinung wachrufen gegen den Krieg. Denn der Krieg wird immer bezahlt mit dem Geld, dem Leben und der Wohlfahrt der Völker.

Sodann gibt Sidis (England) die Erläuterung zu dem Entwurf in Sachen der Gewerkschaftsbewegung in Ländern ohne Demokratie. Zu diesem Punkte führt Bouzag (der frühere Sekretär des italienischen Metallarbeiterverbandes) aus, die Wichtigkeit dieser Sache könne gar nicht überschätzt werden. In einem Lande ohne Demokratie entbehre die Arbeiterschaft aller politischen Rechte, dürfe nicht auf sozialpolitischen Fortschritt hoffen und ermangele der Rechtssicherheit. Das faschistische Italien beweise das zur Genüge. Es sei heute in einem mittelalterlichen Zustand. Die italienischen Gewerkschafter können nur unterirdisch schaffen, weil jede überirdische Arbeit mit Gefängnis und Verbannung bedroht sei. Der tragische Irrtum der italienischen Sozialisten sei es gewesen, daß sie meinten, die Demokratie werde nicht mehr verloren gehen, wenn sie einmal besteshe. In Italien, wo einst die Sonne der Freiheit hell leuchtete, ist jetzt das Land der Gefinnungsspiionage, der Rechtslosigkeit und der Barbarei.

Von den Kommissionen hat die fünfte am dem folgenden Donnerstagmorgen ihre Beratung abgeschlossen, sodas sie als erste der Vollversammlung Bericht erstatten kann. Sie hatte über

Die Sitzverlegung der Internationale

zu befinden. Als Berichterstatter amiet Graßmann (Deutschland). Seinem Vortrag wird begrifflichweise mit außerordentlich harter Spannung entgegengesehen, da diese Sache seit dem Kongress von Paris schwebt und die Geister ziemlich scharf scheitert. Graßmann führt aus: Der Kongress von Paris habe die Verlegung des Sitzes der Internationale dem Ausschuss überwiesen. In dessen späterer Sitzung habe sich eine schwache Mehrheit für Berlin als Sitz ausgesprochen. Mit je geringer Mehrheit jedoch hätten die Deutschen geglaubt den Auftrag nicht übernehmen zu können. So mußte die Sache dem jetzigen Kongress zur Entscheidung überlassen werden. In der Kommission trat die Meinung auf, daß der Beschluß von Paris nun eigentlich gegenstandslos sei, da der damalige Anlaß der Sitzverlegung, der Streit im Sekretariat in Amsterdam geschwunden und auch die Finanzen des ISB geordnet seien, sodaß man den Sitz in Amsterdam belassen könne. Ein anderer Teil der Kommission habe auf die gewaltige Umstellung der Weltwirtschaft hingewiesen. Mächtige Kräfte umspannten die Erde und die landwirtschaftliche Produktion käme immer mehr in die Hände von ein paar Kapitalmagnaten. Dem Kapitalismus sei mit gelegentlichen Entschleunigungen nicht beizukommen. Die Verfechter dieser Meinung betonten, daß der Sitz der Internationale dort sein müsse, wo die kapitalistische Entwicklung am höchsten gediehen und die Nationalisierung in ihren vollsten Ausmaßen studiert werden könne. Dies treffe auf zwei Länder, auf England und Deutschland zu. England habe jedoch eine ungünstige geographische Lage, was bei Deutschland nicht zutreffe. Demgegenüber sei wieder angeführt worden, Amsterdam sei ein Symbol geworden, gewissermaßen der Inbegriff der demokratisch gestimmten Arbeiterschaft, während das Meßta der nichtdemokratischen Arbeiter Moskau heiße. Solche Gefühlswerte dürften nicht zu gering genommen werden.

Es brauche, so fährt der Berichterstatter fort, wohl nicht gesagt zu werden, daß bei diesem Meinungsstreit nicht mit leiner Seite dem Werte oder der Gefinnung der holländischen Genossen zu nahe gehalten worden sei. Die Kommission habe diese Ansprache in ganz kameradschaftlicher Weise gepflogen. Die Abstimmung über die Frage:

Amsterdam oder Berlin?

habe ergeben, daß ohne Deutschland sechs Länder (Dänemark, England, Schweden, Österreich, die Schweiz und Ungarn) mit zusammen 37 Stimmen für Verlegung des Sitzes nach Berlin, während für Beibehaltung von Amsterdam als Sitz sechs Länder (Belgien, Frankreich, Holland, Spanien, Argentinien und die Tschechoslowakei) mit zusammen 21 Stimmen waren. Wie sich die nicht an dieser Abstimmung beteiligten Länder entscheiden hätten, lasse sich nicht sagen.

In weiteren Vorträgen die Kommission vor, die Wahl des Generalsekretärs offen zu lassen, weil die Zeit zu kurz sei, die ungenügende wichtige Frage gebührend zu besprechen und dann auch kometrische Kandidatenwahlverhältnisse vorzulegen. Der jetzige Sekretär Sassenbach wolle aus Altersrücksichten zurücktreten, doch werde er gebeten werden, bis zur Sitzung, die den Kongress eröffnet, anzuhalten.

Bouzag (Frankreich) bedauert, daß die peinlichen Zwischenfälle vor mehr als 3 Jahren bis jetzt noch wüsten. Doch seien die Streitfragen von Paris längst ausgeglichen, auch die finanzielle Lage des ISB dank der fleißigen Arbeit Sassenbachs bedeutend besser geworden. Was sind nun eigentlich noch die Gründe für die Sitzverlegung? Graßmann sagt, der Sitz müsse in einem industriellen Großstad sein. Aber heute sind auch die kleinen Länder stark industrialisiert. Man muß schon den industriellen Zustand der ganzen Welt betrachten, für das Verbleiben des Sitzes spricht überdies das Preisige Amsterdam. Darum sollte der Sitz belassen werden, wo er ist.

Schweizer (Schweiz): Die Wahl des Sitzes sei vor allem eine Frage der Praxis. Er müsse in einem Lande mit harter Gewerkschaftsbewegung sein, wo das soziale Leben kräftig pulsieren, übrigens sei es nicht notwendig, zu sagen, man könne diese Sache noch nicht entscheiden. Sie ist schon bei der Sitzung in Prag entschieden worden und die Landeszentralen haben es ebenfalls getan. In diesem Kongress dürfte sich wahrscheinlich eine Dreiermehrheit für die Sitzverlegung ergeben.

Kapuzin (Holland): Wir müssen bestritt sein, den Sitz in einem kleinen Lande zu lassen. Er war ja früher in einem großen Staat, in Deutschland, und das Sekretariat war immer mehr als eine Filiale der deutschen Gewerkschaftszentrale. Dazu darf man nicht übersehen lassen, daß es in Deutschland jetzt sehr nutzlos ist, eine sozialistische Bewegung in Thüringen und Sachsen voranzutreiben, was die Arbeitslosigkeit des Sekretariats gefährden würde. Der Sitz der Europäischen Internationale sei gleichfalls in einem kleinen Lande, in der Schweiz, und noch niemand habe daran einen Nachteil gesehen. Auch wir wollen, betont Kapuzin, daß der

ISB aktiver wird, daß er mehr tut gegen die Kriegsgefahr, die Kräfte, Kartelle usw. Über hierfür spielt das Land des Sitzes keine Rolle, sondern die Fähigkeit der Männer, die an der Spitze stehen, und die können in jedem Lande Gutes vollbringen.

Bouzag (Frankreich) bedauert, daß diese Frage wieder aufgenommen wird im Zusammenhang mit peinlichen Zwischenfällen, die Jahre zurückliegen. Nicht ein einzelnes Land kann ausschlaggebend sein für den Erfolg der Internationale, sondern die Mannigfaltigkeit der Länder. Nur durch Eingabe aller kann sie gedeihen. Nach dem Kriege haben sich zuerst zwei kleine Länder eifrig an den Wiederaufbau der Internationale gemacht. Können wir vergessen, was sich mit dem Namen Amsterdam verknüpfte? Überlegt das bei der Entscheidung über die Sitzverlegung. Mit dem Namen Amsterdam haben wir uns 1919 in die Schlacht geworfen. Bedenkt das jetzt bei der Abstimmung - morgen dürfte es zu spät sein. Diese Warnung möchte ich Ihnen gegeben haben, ehe Sie die Entscheidung fällen.

Graßmann (Schlußwort): Ich spreche jetzt nicht als Berichterstatter der Kommission, sondern als Vertreter meines Landes, als Deutscher. Ich werde mich nicht an Ihre Gemüter wenden, sondern an Ihren Verstand. Wir übernehmen mit dem Sitz eine sehr schwere Verantwortung. Wenn sich die Erwartungen auf Berlin nicht erfüllen, wird man es dem „unerbittlichen Einfluß“ der deutschen Gewerkschaftszentrale zuschreiben. Und das hat uns noch niemand gefragt, ob wir die Verantwortung überhaupt übernehmen wollen! Man beschließt in Berlin eine Beeinträchtigung des Sekretariats. Niemand wünscht mehr als wir Deutschen die absolute Selbstständigkeit des Sekretariats. Man behauptet, Deutschland sei ein unruhiges Land. Wir deutschen Gewerkschafter waren 1920 imstande, die Reaktion in ein paar Tagen niederzuschlagen; wir werden auch künftig dazu imstande sein. Ich habe vorhin unterlassen, auf einen Umstand hinzuweisen:

Die Länder, die in der Kommission für Verbleiben des Sitzes in Amsterdam gestimmt haben, zählen 1 644 000 Mitglieder, die vier Länder, die keine Entscheidung getroffen haben, zählen 1 078 000 Mitglieder, und die Länder, die sich für Berlin als Sitz ausgesprochen haben, zählen 5 Millionen Mitglieder. Und wenn man zu diesen die 5 Millionen deutsche Mitglieder zählt, so sind 10 Millionen Mitglieder für Berlin und nur 1 644 000 für Verbleiben in Amsterdam. Wenn die Gegner der Sitzverlegung verlangen, daß man ihre Gefühle schonen müsse, dann bitte ich, auch die Gefühle der 10 Millionen Mitglieder zu schonen, die für die Sitzverlegung sind. Die Entscheidung hat der Kongress zu fällen, und das ohne die deutschen Stimmen.

Die Aussprache ist erschöpft. Es wird über die Sitzverlegung geheim, mit Stimmentafeln abgestimmt. Die Abstimmung ergibt eine starke Mehrheit für Berlin als Sitz der Internationale.

Es berichtet nun Bouzag (Frankreich) von der Kommission 4 über einige Anträge, wovon der wichtigste darauf hinausläuft, die internationalen Berufssekretariate in die Organisation des ISB hineinzubauen. Der Antrag wird in der Form angenommen, daß der Vorstand beauftragt wird, die Sache zu studieren und dem nächsten Kongress Bericht und Vorschläge zu unterbreiten.

Der letzte Verhandlungstag

Zu Beginn der Freiwohltage fragt Bouzag, was die Kommission 5 bezüglich des neu zu wählenden Generalsekretärs vorschlagen habe. Graßmann erwidert, daß die Kommission einmütig der Meinung sei, daß der Sekretär noch nicht genannt werden könne, sondern erst gewählt werden müsse, da man hierfür den allerbesten Mann benötige. Da der Sekretär Sassenbach dem widerspricht, zieht sich die Kommission erneut zur Beratung zurück. Später berichtet Kapuzin (Holland): Der jetzige Sekretär Sassenbach wird gehen, sein Amt noch 4 bis 6 Monate zu versehen. Nach Schluß des Kongresses sollen die Landeszentralen Kandidaten für diese Stelle vorschlagen. Wenn nur ein Kandidat vorgelegt wird, soll der Vorstand berechtigt sein, diesen ohne weiteres zu ernennen. Werden mehrere vorgelegt, soll für die Wahl eine Ausschussung einberufen werden. Weiter: Der vor einiger Zeit als Hilfssekretär eingetretene belgische Genosse Schwenevels soll die Stelle des zweiten Sekretärs bis zur Wahl des Generalsekretärs bekleiden. Diese Vorschläge der Kommission werden vom Kongress mit allen gegen etwa 6 Stimmen angenommen.

Es berichtet nun Mertens (Belgien) über das sozialpolitische Programm: Die Kommission habe die Frage der Arbeitslosigkeit als dem Programm vorrangig herausgenommen und in eine besondere Entschleunigung gebracht. In der Frage der Dauer der Arbeitslosigkeit sei man in der Kommission dreierlei Meinung geworden, die 44stündige Arbeitswoche zu fordern „als Etappe zu einer weiteren Verkürzung“ der Stundenzahl. Damit dieser Beschluß baldmöglichst durchgeführt werden kann, beschließt der Kongress, daß der ISB in der ganzen Welt eine Kampagne einzuleiten soll. Die angeschlossenen Organisationen haben die Pflicht, mit allen ihren Kräften bei dieser Aktion mitzuwirken. Der Kongress beauftragt den Vorstand des ISB, die Kampagne zu organisieren und zu leiten sowie die nötigen Maßnahmen ins Auge zu fassen und durchzuführen.

Das eigentliche sozialpolitische Programm faßt die Forderungen des ISB in 14 Punkten zusammen, dem noch zwei beigefügt sind, der verlangt, daß den durch Rationalisierung arbeitslos gewordenen Arbeitern und Angestellten eine Entschleunigung erteilt wird. Das Programm ist nur als Anfang gedacht. Der Vorstand des ISB soll es als Richtschnur betrachten, die er zu betreiben und zu verwirklichen hat.

Resümee sich Sahbah (England) gegen die Forderung nach Kampagnen zugewandt hat, wird der Bericht der Kommission einleitend angenommen. Sodann berichtet Eggert (Deutschland) von der Kommission für das Wirtschaftsprogramm. Er hebt hervor, daß der ISB die Rationalisierung nicht fördern dürfe, wenn die Wirkungen der Gewerkschaften geschützt sei. Die Wirtschaftspolitik des ISB müsse die Bevölkerung unterstützen, die auf bessere Beschäftigung der Völker, Erleichterung des Warenverkehrs und schließlich mehr humanen, schließlich wird der Entwurf des Wirtschaftsprogramms (das in diesen Spalten schon ausführlich behandelt worden ist) mit einigen autoseitigen Änderungen einmütig angenommen.

Bouzag (Frankreich) berichtet nun über die Entschleunigung für Entwaffnung und Frieden:

Die Vergleiche hatten beantragt, einen 24stündigen Streik gegen den Krieg zu erklären. Das sei jedoch keine praktische Maßnahme. Man dürfe mit dem Handeln gegen den Krieg nicht warten, bis er da sei, sondern ihn immer beständig bekämpfen. Die Aktion des ISB ist in der Entschleunigung in 5 Punkten ausgedrückt, wovon die wesentlichsten sind: Sofortige Begrenzung und Herabsetzung der Rüstungsproduktion der Herstellung von Waffen und Munition sowie Kontrolle des Handels mit Kriegsmaterial; Ausbau des obligatorischen Schiedsgerichts; Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Völker und schließlich: die Bestrebungen der Arbeiter zugunsten des Friedens werden mit allem Nachdruck fortgesetzt.

Simmen (von der Transportarbeiter-Internationale) bedauert, daß der Kongress nicht die Möglichkeit gehabt habe, auf zu arbeiten, auf welche Weise man den Kampf gegen den Krieg praktisch führen könne. Das sei sehr nötig, weil die Aufklärung Luft weitergehe. Man müsse die internationalen Berufssekretariate, die bereit und willig seien, durch die Tat gegen den Krieg vorzugehen zu einer Sitzung mit dem Vorstand des ISB laden.

Wegatalus (Lettland) wünscht mehr Aktivität gegen den Krieg. Weiter verlangt er, daß sich die Entschleunigung besonders gegen die militärische Dienstpflicht ausrichte. Ferner solle der Vorstand auch mit dem Film die Agitation gegen den Krieg betreiben. Einmal im Jahr müsse die Arbeiterschaft eine Aktion gegen den Krieg unternehmen. Bouzag erwidert, die Maßnahmen gegen die Dienstpflicht sei eine parlamentarische, die jedes Land oder jede Landeszentrale treffen könne. Viel wichtiger sei der Transport von Waffen. Hier habe die Transportarbeiter-Föderation gute Gelegenheiten, gegen den Krieg zu betätigen. — Die Entschleunigung wird sodann einstimmig angenommen.

Aulawski (Polen) berichtet nun über die Lage der Gewerkschaftsbewegung in Ländern ohne Demokratie.

In der vorgelegten Entschleunigung fordert der Kongress alle angeschlossenen Organisationen auf, den Widerstand der Arbeiter in faschistischen und gleichartigen Ländern tatkräftig zu unterstützen. In der Reaktion und der Diktatur materiell wie moralisch beizustehen, eine kräftige Propaganda für die Demokratie zu führen und sich für das volle Abrecht der Flüchtlinge einzusetzen.

Sofhi (Indien) weist in eindringlicher Weise auf die überaus traurige Lage der indischen Proletariat hin. Sie hätten weder Versammlungsfreiheit noch Pressefreiheit und soviel wie keine politische Rechte. Erst kürzlich sei Streiken und Streikposten wieder verboten worden. Das Spitzelwesen sei in höchstem Maße. Die Arbeiter appelliert vor dem Kongress an die ganze Welt, sich der indischen Völker tatkräftig anzuschließen. Es sei auch Zeit für die britische Arbeiterschaft, dasselbe zu tun.

Simmen (Transportarbeiter-Föderation) erklärt namens seiner Organisation, daß sie jede Aktion des ISB gegen Krieg und Faschismus, ob legal oder illegal, unterstützen werde. Jedem, wenn der ISB etwas unternehmen habe, habe die Transportarbeiter-Internationale ihre Pflicht getan. Das sei so in Ungarn, in Polen und in England gewesen. Wir werden übrigens, betont Simmen, nicht warten, bis der ISB eine Aktion gegen den Krieg unternimmt, wir sind schon dabei.

Nach einer kurzen Erwiderung von Bouzag wird der Entschleunigung vom Kongress einstimmig angenommen.

Dann bricht der Kongress den Sinnenländern in ihrem Kampfe gegen den Faschismus seine volle Sympathie aus. Ein holländischer Antrag wird angenommen, der Vorklebrungen für die Unterstützung der Arbeitslosen oder Verbesserung dieser Vorklebrungen in der Weise verlangt, daß auch ausgesteuerte Arbeitslose Anrecht auf Hilfe haben und sie nicht dem Armenhaus verfallen.

Der Präsident widmet sodann dem verstorbenen Genossen Franz Domes (Wien) einen herzlichsten Nachruf.

Der bisherige Vorstand wird durch Handaufheben einstimmig wiedergewählt. Es gehören ihm demnach wieder an als Präsidenten: W. Citrine (England), Theodor Weipart (Deutschland), Leon Bouzag (Frankreich), Cornelius Mertens (Belgien), H. Taberlet (Tschechoslowakei) und S. Jacobsen (Dänemark). Der nächste Kongress findet in Brüssel statt.

Sodann beschloß noch der Kongress, die Frage der Eingliederung der internationalen Berufssekretariate in die Organisation des ISB vom Vorstand bis zum nächsten Kongress prüfen zu lassen, der diesem dann darüber zu berichten hat. Ferner soll in nächster Zeit eine Kommission nach dem fernen Osten reisen, um dessen Verhältnisse zu studieren und die dortigen Gewerkschaften zum Anschluß an den ISB zu bewegen.

Damit ist der 5. internationale Gewerkschaftskongress am Schluß angelangt. Der Präsident dankt den schwedischen Genossen für die unvergleichliche Gastfreundschaft und dem holländischen Generalsekretär Sassenbach für seine lebenslange treue und erfolgreiche Tätigkeit für die Arbeiterklasse und die gewerkschaftliche Internationale. Dies wird vom ganzen Kongress durch laute Zustimmung stark unterstrichen. Die Vertreter fingen zum Schluß die Internationale.

Gchriftenschau

Geschäftsbericht 1929 des ADGB, Ortsauskunft Berlin. Herausgegeben vom Ortsauskunft Berlin des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin SO 16, Engelstraße 24/25.

Schnitte und Stangen. Ein Lehr- und Nachschlagbuch für Stahlabbau und Praxis von Ernst Göhre, Betriebsingenieur. Band 2: Diegelegungen und Diegeverbundwerkzeuge. Mit 302 Abbildungen im Text. Preis geb. 20 M., geb. 23 M. Ein auf den neuesten Erfahrungen fußendes umfassendes Werk. Verlagsbuchhandlung Otto Spamer, Leipzig C 1, Heinrichstraße 9.

Lehrbuch für Gasinstallateure, Fachleute, Fachräden und Fachzeichnen von Ullrich und Wagner. Band 33 der Schriftenreihe „Für Berufsschule und Praxis“. Mit 195 Textabbildungen und 10 Tafeln. Dauerhaft in Leinenkarton gebunden, Preis 3,60 M. Verlag Gebroder Jannede, Hannover.

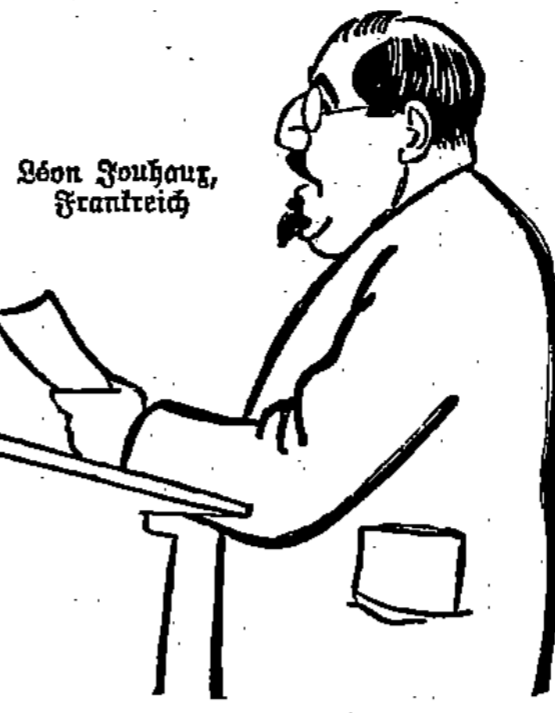
Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts zum Betriebsrat. 1930. Die Broschüre enthält die Entscheidungen des RAAG mit Anmerkungen des Kollegen Clemens Koppel nach den Paragrafen des RAAG geordnet. Zu beziehen ist diese Broschüre von der Verlagsanstalt „Courier“, Berlin SO 16, Michaelstraße 4. Preis für Gewerkschaftsmitglieder 1 M. für den Buchhandel 2 M.

Inlandskapital — Auslandskapital — Kriegskredite. Untersuchungen über die Probleme der Kapitalbildung von Rob. Fickmann. Fest 8 der Weltwirtschaftlichen Vorträge und Abhandlungen. Preis 3,50 M. Deutsche Wissenschaftliche Buchhandlung G. m. b. H., Leipzig C 1, Talstraße 2. Der Verfasser geht dem ungesunden Zinsfuß, wie er sich bei uns seit der Markstabilisierung eingebürgert hat mit gutem Material auf.

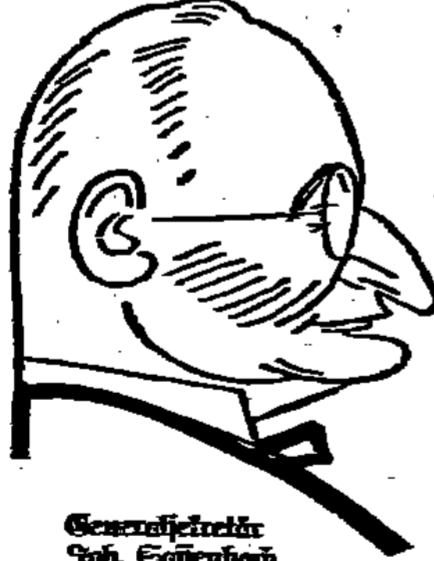
Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Berlin SW 68, Alie Jakobstr. 148-155



Bouzag



Leon Bouzag, Frankreich



Generalsekretär Joh. Sassenbach



Cornelius Mertens, Belgien